

Jörg Fischer / Ludwig Ladewig /
Edgar Einemann / Edo Lübbing (Hrsg.)

**Alternative Produktion statt Arbeitsplatzabbau
und Aufrüstung**

Kollegen von Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB)
für eine Alternative Fertigung

Bremen, Februar 1984

Schutzgebühr: DM 3,—

© 1984 Universität Bremen, Zentralstelle für die Durchführung
des Kooperationsvertrages zwischen der Universität Bremen und der
Arbeiterkammer Bremen

Umschlagentwurf: Achim Heimbucher, Bremen

Vertrieb: Universität Bremen, Zentralstelle für die Durchführung des
Kooperationsvertrages

Druck: Zentraldruckerei der Universität Bremen

Printed in Germany

I N H A L T

	<u>Seite</u>
VORBEMERKUNG	7
I. ENTWICKLUNG UND SITUATION BEI VFW/MBB	11
1. Zur Geschichte von VFW	11
2. Die Krise von 1977 und die Fusion mit MBB	12
3. Beschäftigungsprobleme bei MBB	15
II. RÜSTUNG UND ARBEITSPLÄTZE	21
III. ARBEITEN IM RÜSTUNGSBETRIEB	25
1. Unterschiedliche Interessen von Unternehmern und Beschäftigten	25
2. Gewerkschaftliche Interessenvertretung für eine Umstellung der Rüstungsproduktion	26
3. Nachfolgeaufträge und Arbeitsplätze	28
IV. DER ARBEITSKREIS ALTERNATIVE FERTIGUNG BEI MBB IN BREMEN	31
1. Ursachen und Gründe für das Entstehen	31
2. Zielsetzung, Grundsätze und Vorgehensweise	33
3. Strukturierung und Arbeitsweise	37
4. Produktvorschläge	39
5. Zukunftsperspektiven	40

V.	DURCHSETZUNGSPROBLEME EINER ALTERNATIVEN FERTIGUNG AUF DER BASIS UNTERSCHIEDLICHER INTERESSEN VON GESCHÄFTSFÜHRUNG UND BELEGSCHAFT	43
1.	Bestehende Interessengegensätze auf den Gebieten Rüstungskonversion, Arbeitsplatzsicherheit, Umwelt- erhaltung, Friedenssicherung und Humanisierung der Arbeitswelt	43
2.	Eigenschaften alternativer Produkte	49
3.	Strategien zur Durchsetzung einer alternativen Produktion	50
	<u>A N H A N G</u>	53
A.	DOKUMENTE DES ARBEITSKREISES BEI VFW/MBB BREMEN	54
1.	Konzept für die Einrichtung eines Arbeitskreises Alternative Fertigung	
2.	Flugblatt: Entlassungen oder Alternative Fertigung?	
3.	Grundsatzerklärung	
4.	Kurzfassung der Ergebnisse der Belegschaftsbefragung	
5.	Produktideen	
6.	Zur Produktpalette von VFW/MBB	
7.	Antrag an den Gewerkschaftstag der IG Metall 1983	
8.	Auszüge aus den Beschlüssen der IG Metall 1983	
B.	BRITISCHE ERFAHRUNGEN	86
1.	Erfahrungen der Gewerkschafter bei Lucas Aerospace	
2.	Alternative Regionalpolitik in London	
C.	LITERATURHINWEISE	90

VORBEMERKUNG

Mit dieser Broschüre werden die Ergebnisse der Arbeit des Arbeitskreises "Alternative Fertigung" der gewerkschaftlichen Vertrauensleute bei VFW/MBB in Bremen dargestellt und der Öffentlichkeit vorgelegt.

Sie enthält neben einer Einschätzung der Situation im Betrieb und einer Darstellung von Grundsatzpositionen z.B. zur Frage der Rüstungsproduktion auch eine ausführliche Darstellung der Geschichte, Struktur und Aktivitäten des Arbeitskreises Alternative Fertigung.

Der Arbeitskreis wurde Anfang 1982 als Reaktion der Gewerkschafter auf den vorgesehenen Arbeitsplatzbau mit dem Ziel gegründet, die Beschäftigung durch die Herstellung sozial nützlicher Produkte zu sichern, für die es durchaus einen Bedarf gibt. An den Treffen des Arbeitskreises und der Arbeitsgruppen haben bisher über 100 Kolleginnen und Kollegen teilgenommen; an den sechs Wochenseminaren und vier Wochenend-Tagungen, die gemeinsam mit dem Kooperationsbereich Universität/Arbeiterkammer Bremen durchgeführt wurden, haben sich insgesamt 64 Kolleginnen und Kollegen beteiligt. Nahezu 20 Kolleginnen und Kollegen haben den Arbeitskreis in der Öffentlichkeit als Referenten auf vielen Veranstaltungen von Gewerkschaften, Parteien, Kirchen, Universitäten, Friedensgruppen und anderen Initiativen vertreten. Insbesondere zur Information der Belegschaft sowie anderer Arbeitskreise "Alternative Fertigung" im In- und Ausland soll die vorliegende Broschüre dienen.

Im Anhang der Broschüre werden Arbeitsergebnisse dokumentiert, die zugleich Auskunft über die Schwerpunkte der Aktivitäten geben und nachweisen, daß ein längerfristig angelegtes, betriebsbezogenes "forschendes Lernen" von Beschäftigten zu einer erheblichen Verstärkung gewerkschaftlicher Aktivitäten im Betrieb und in der Öffentlichkeit beitragen kann.

Nach ersten Konzepten (Dok. A 1) und einer Belegschaftsinformation über die Arbeitskreis-Gründung (Dok. A 2) beschloß der Arbeitskreis nach langen und intensiven Diskussionen einvernehmlich die Grundsatzerklärung (Dok. A 3). Ende 1982/ Anfang 1983 wurde ein Fragebogen an die Belegschaft erarbeitet, verteilt, eingesammelt und ausgewertet (Dok. A 4), der sowohl die Ansichten der Beschäftigten als auch Vorschläge für über 60 alternative Produkte (Dok. A 5.1) offengelegt hat.

Seit Mitte 1982 haben Arbeitsgruppen des Arbeitskreises Produktideen und Veränderungen der Konzernpolitik diskutiert und sowohl die Belegschaft als auch die Geschäftsleitung über erste Ergebnisse (Dok. A 5.2, 5.3, 5.4) informiert. Eine Arbeitsgruppe hat die Geschäftsberichte und Betriebszeitungen der letzten Jahre intensiv ausgewertet und über 80 Produktentwicklungen entdeckt, die im Rahmen einer Ausweitung der zivilen Produktion eine große Rolle spielen könnten (Dok. A 6). Der insgesamt erfolgreiche Versuch, die gewerkschaftliche Willensbildung der IG Metall zu beeinflussen, kommt in dem von der Bremer Vertreterversammlung beschlossenen Antrag (Dok. A 7) an den Gewerkschaftstag 1983 zum Ausdruck, auch wenn nur einzelne Überlegungen in die Entscheidungen der IG Metall (Dok. A 8) eingegangen sind. Für die Überlegungen des Arbeitskreises und seine Perspektiven spielen die Erfahrungen der englischen Kolleginnen und Kollegen eine große Rolle; deshalb wird der Bericht über Gespräche mit Mike Cooley (ehemaliger Belegschaftsvertreter im Luftfahrtkonzern Lucas Aerospace) ebenso abgedruckt (Dok. B 1) wie die Darstellung des Londoner Experiments, eine alternative regionale Strukturpolitik mit Ansätzen einer Alternativen Produktion zu verbinden (Dok. B 2).

An der vorliegenden Broschüre haben mitgearbeitet:

Jörg Arfmann, Jörg Dombrowe, Wilfried Eilenstein,
Edgar Einemann, Udo Fach, Jörg Fischer, Ralf Girndt,
Helmut Grapentin, Bernd Grottke, Wolfgang Günther,
Udo Hannemann, Werner Hannig, Ulla Hohage, Jürgen
Kalbreyer, Werner Krause, Ludwig Ladewig, Edo Lübbing,
Edith Mikus, Manfred Nieft, Klaas Oostlander, Peter
Petzsch, Michael Sachse, Hartmut Sempert, Heinz-Werner
Strube, Manfred True, Wilfried Wilhelm, Hans Wolter.

In der langjährigen intensiven Zusammenarbeit zwischen dem Betriebsrat von VFW/MBB Bremen und dem Kooperationsbereich Universität/Arbeiterkammer hat sich der ehemalige Betriebsratsvorsitzende Ludwig Hettling persönlich stark engagiert; ohne seine ständige Unterstützung wäre die erfolgreiche betriebliche Arbeit nicht möglich gewesen.

Wir danken Detlef Dahlke von der Bremer IG Metall für seine tatkräftige Unterstützung und seine hilfreichen Ratschläge und Rolf Paarmann vom Arbeiterbildungszentrum der Bremer Arbeiterkammer für die gute Zusammenarbeit bei der Organisation der Bildungsarbeit.

Unserer besonderer Dank gilt Inge Huß aus dem Kooperationsbereich, die die für die Erstellung dieser Broschüre erforderlichen umfangreichen Schreibarbeiten übernommen hat.

Bei der Gestaltung hat uns Achim Heimbucher unterstützt.

Die Herausgeber

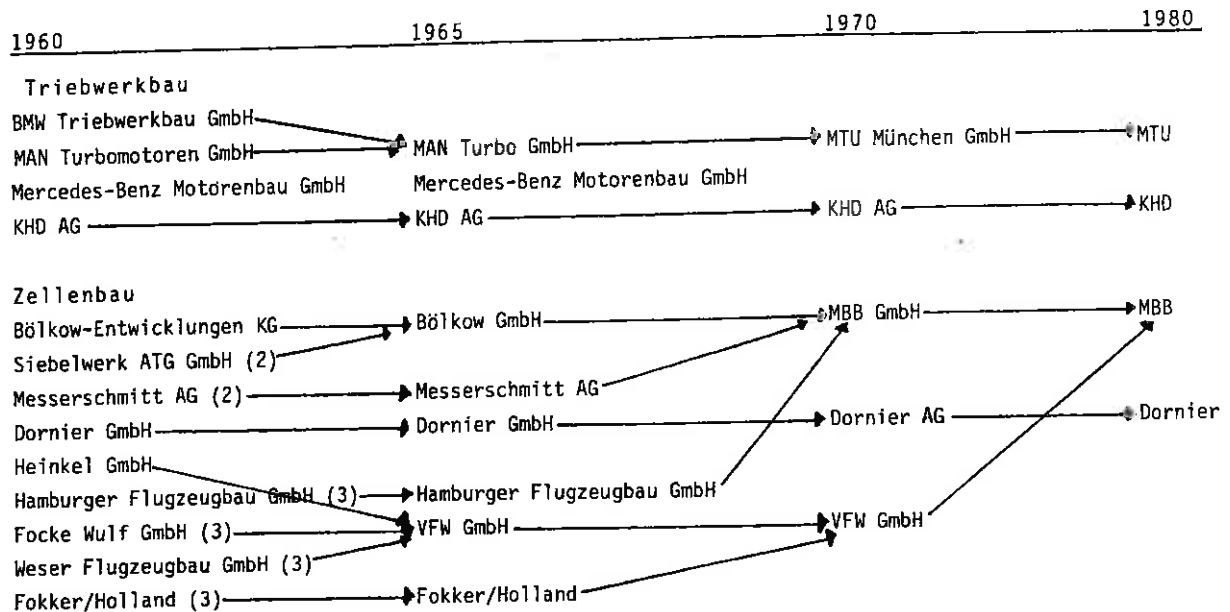
Bremen, Februar 1984

I. ENTWICKLUNG UND SITUATION BEI VFW/MBB

1. Zur Geschichte von VFW (Vereinigte Flugtechnische Werke)

Aus der Firma "Weser-Flugzeugbau" entstand VFW. "Weser-Flugzeugbau" wurde 1934 gegründet und expandierte zu einem der bedeutendsten Flugzeugunternehmen. Mit der Vorbereitung auf den 2. Weltkrieg stieg der Beschäftigungsstand auf ca. 29.000 Arbeitnehmer. Nach dem 2. Weltkrieg wurde die Rüstungsindustrie von den Alliierten aufgelöst. Erst 1956 begann bei "Weser-Flugzeugbau" mit der Aufrüstung der Bundeswehr wieder die Rüstungsproduktion. U.a. wurden Teile der Noratlas, Hubschrauber und in Kooperation mit "Nord-Aviation" (Frankreich) die Transall sowie Teile des Starfighters produziert. 1963 fusionierte die Firma "Weser-Flugzeugbau" mit "Focke-Wulf" und es entstanden die "Vereinigten Flugtechnischen Werke GmbH" (VFW). Mit 7.000 Beschäftigten waren in Bremen und Umgebung über 60 Prozent der deutschen Flugzeug-Kapazität konzentriert. Die Krise der Heinkel-Gruppe führte 1964 zur Übernahme durch VFW und die Mitarbeiterzahl stieg auf 9.000. Zusammen mit der Erno-Raumfahrt-Technik hatte der neue Konzern 1965 über 10.000 Beschäftigte. Die Belegschaftszahl stieg bis 1969 auf über 12.500. Bereits 1965/66 wurden erste Fusionsgespräche mit Fokker-Amsterdam geführt, 1969 erfolgte der Zusammenschluß zu VFW-Fokker. Die Fusionsinteressen lagen auf beiden Seiten: Fokker wollte an den Militäraufträgen von VFW mitverdienen und VFW wollte von Fokker einen schlagkräftigen Vertrieb für die VFW 614 übernehmen.

Der Konzentrationsprozeß der Luftfahrtindustrie



- 1) Dabei wurde nicht berücksichtigt, inwieweit einzelne Unternehmen nach Übernahme des Stammkapitals als rechtlich selbständige Gesellschaft weiter bestehen blieben.
- 2) Kooperation in der Arge F-104 Süd zum Lizenzbau der F-104 G.
- 3) Kooperation in der Arge F-104 Nord zum Lizenzbau der F-104 G.

Quelle: Modifiziertes Schaubild nach: Schlotter, P.
Rüstungspolitik in der Bundesrepublik, Frankfurt 1975, S. 97

2. Die Krise von 1977 und die Fusion mit MBB

Die Krise 1977, die fast zum Konkurs führte, hatte sich lange angekündigt. Zum einen war die Produktions- und Managementstruktur nicht auf zivile Bereiche eingestellt, zum anderen war der Serienstart der VFW 614 um vier Jahre verzögert worden. Als dann endlich 1973 die Produktion begann, stand das Flugzeug in direkter Konkurrenz zur Fokker F 27 und F 28. Auch waren die weltwirtschaftlichen Konstellationen denkbar ungünstig (u.a. stark steigende Energiepreise und Dollarverfall).

Die IG Metall hatte bereits 1975 auf die Krisensituation in der Luft- und Raumfahrtindustrie hingewiesen. Der Serienfertigungsabbruch der VFW 614 bedeutete 1977 für 1.350 Arbeitnehmer den Verlust des Arbeitsplatzes.

Die Belegschaft kämpfte aktiv mit Streiks und Demonstrationen für ihre Arbeitsplätze. Der Betriebsrat und die IG Metall legten Sanierungskonzepte vor, in denen u.a. die verstärkte Diversifizierung der Produktion, staatliche Beteiligungen und eine Absicherung der nördlichen Standorte gefordert wurden. Der Erfolg war ein Engagement des Bundes und Bremens, das die Vernichtung von 7.000 Arbeitsplätzen verhinderte. Der Bund verlangte für sein Engagement jedoch die Fusion mit MBB.

In den folgenden Jahren wurde im Konzern reorganisiert und rationalisiert. Ab 1978 begann der Hochlauf des Zivilflugzeuges Airbus, die MRCA Tornado-Produktion expandierte und die zweite Serie der Transall C 160 wurde aufgelegt. Damit stieg die Beschäftigung von 10.500 (1977) auf ca. 12.000 (1980).

Auf Druck der Bundesregierung kam es 1980 zur Trennung von VFW und Fokker und zur Fusion mit MBB. Nachdem sich die Anteilseigner von MBB und VFW zwei Jahre über die richtige Bewertung ihrer Anteile gestritten hatten, betrug der Verkehrswert von VFW bereits 1979 DM 150 Mio., obwohl das Unternehmen 1977 praktisch konkurs war. Während der Fusionsverhandlungen legte der Betriebsrat ein Werkstättenkonzept zur langfristigen Absicherung der Nordstandorte vor. Dieses Konzept ging nicht in die Fusionsverhandlungen ein, so daß ein Ergebnis herauskam, das die Arbeitsplätze, gerade in Bremen, nicht absicherte.

Im neuen Konzern MBB hat das Land Bremen nur geringen Einfluß. Größeren Einfluß haben die Länder Bayern und

Hamburg. Das Land Bayern wird, wie in der Vergangenheit zu sehen war, seinen Einfluß auf die Konzentration der Rüstungsindustrie im Süden legen und damit die profitablen Bereiche dort fest ansiedeln. Im Norden werden die zivilen Bereiche bleiben, langfristig mit der Tendenz in Hamburg, das seinen Unternehmensanteil ausdrücklich unter dem Aspekt der Beschäftigungssicherung in der Hansestadt hält.

Beteiligungsverhältnisse bei MBB (1981)

Gesellschafter	Geschäfts- anteile gesamt DM	Beteili- gung gesamt in Prozent
ABM Beteiligungsgesellschaft mbH, d.h. Allianz und Bosch je 50 Prozent	37.704.100	13,56
Bayrische Landesanstalt für Aufbaufinanzierung	48.852.130	16,50
Freistaat Bayern	19.515.570	7,02
Familie Blohm	1.888.130	0,67
Dr. Ludwig Bölkow	4.353.100	1,57
'Fides' Industrie-Beteili- gungsgesellschaft mbH, d.h. Siemens, Thyssen und Aerospatiale je 1/3	71.457.140	25,70
Hamburger Gesellschaft für Beteiligungsverwaltung mbH	50.664.620	18,23
Willy und Lilly Messer- schmitt Stiftung	18.764.960	6,75
VFW-Verwaltungsgesellschaft mbH, d.h. Krupp + Land Bremen	27.800.000	10,00
Anteile gesamt	278.000.000	100,00

Quelle: Interavia 7/1981, S. 649

Nunmehr ist MBB ein Luft- und Raumfahrtkonzern mit einem Jahresumsatz von DM 5,9 Milliarden.

Davon werden alleine für Rüstungsgüter DM 3,1 Milliarden umgesetzt. Stellt man den Vergleich an zu Siemens mit einem Rüstungsumsatz von DM 2,4 Milliarden, so ist MBB mit die größte Waffenschmiede der Bundesrepublik.

Die Produktpalette sieht u.a. wie folgt aus:

- Tornado
- Airbus A 300 / A 310 mit weiterem Ausbau der Airbus-Familie
- Transall C 160
- Starfighter F 104 / Umrüstung
- Hubschrauber und Panzerabwehrhubschrauber
- BO 105

In der Raumfahrt:

- Die Satelliten
TV-Sat
Intelsat V und
Galileo
- Spacelab (Raumlabor/Nutzlast)
- Ariane (Rakete)

3. Beschäftigungsprobleme bei MBB

Die Planungen von MBB gehen davon aus, daß die Zahl der vorhandenen Arbeitsplätze von Ende 1983 (Stand: 35.474) bis 1988 um 3.532 Planstellen verringert wird (vorgesehener Stand: 31.943). Bei diesen Planungen wird noch davon ausgegangen, daß die Airbus-Familie mit einer Jahresproduktion von derzeit 50 Maschinen

betrieben wird und ab 1988 ein Hochlauf auf 70 Maschinen stattfindet. Dieser Hochlauf ist aber kaum zu erwarten. Im Gegenteil: Beabsichtigt ist schon für das Jahr 1984, von den vorgesehenen 50 Maschinen auf 47 Maschinen herunterzugehen. Eine weitere Verringerung ist bereits in der Diskussion. Dieses würde einen weiteren Personalabbau nach sich ziehen.

Der Gesamtentwicklungs- und Fertigungsanteil, den MBB an der internationalen Airbus-Produktion hält, liegt derzeit bei 37,31 Prozent. Zum weiteren Ausbau der Airbus-Familie ist die Entwicklung und Produktion des kleineren Typs A 320 dringend erforderlich. Dabei gibt es allerdings Planungen, die von einer Verringerung des deutschen Anteils auf 25,75 Prozent ausgehen. Es wird ein Produktionsanteil von 11,56 Prozent an die Luftfahrtindustrien anderer Länder (z.B. Kanada oder England) abgegeben, wobei auch von einer Verlagerung der bisher in Bremen gefertigten Flügelausrüstung die Rede ist. Dieses würde einen Transfer von bisherigen Fähigkeiten und einen erheblichen Qualifikationsverlust für die Bremer Belegschaft bedeuten, womit für die weitere Entwicklung und die Vergabe von Aufträgen eine negative Weichenstellung erfolgt wäre.

Im Interesse der Arbeitsplatzsicherung muß an der Forderung festgehalten werden, daß MBB und die Bundesregierung die bisherigen Anteile an der Entwicklung und der Produktion der Airbus-Programme festschreiben. Zur langfristigen Know-How- und Arbeitsplatzsicherung in Bremen wäre nur dann ein entscheidender Beitrag geleistet, wenn über die Festlegung der Standortschwerpunkte ein Verbleib der Flügelausrüstung-Montage in Bremen gesichert ist.

Darüber hinaus gehen die bisherigen Personalplanungen nicht von einem entscheidenden Einbruch in der

Entwicklung und Produktion des Kampfflugzeuges MRCA Tornado aus. Dieses Programm läuft aber 1987 aus. Wenn keine Folgeprogramme wie z.B. eine Weiterentwicklung oder ein neues Kampfflugzeug Jäger 90 aufgelegt werden, besteht in Bremen die Gefahr eines so einschneidenden Personalabbaus, daß die Existenzfähigkeit des Werkes insgesamt in Frage gestellt ist. Der Standort Bremen hat z. Zt. einen Anteil an der Entwicklung und Produktion des Tornado von 35 Prozent. Zur Absicherung der Arbeitsplätze müßte - für den Fall des Ausbleibens neuer Aufträge - an diesem Anteil festgehalten werden. Allerdings ist davon auszugehen, daß z.B. durch die anhaltenden Rationalisierungen und die Veränderungen der Produktionsabläufe sowie durch den Einsatz neuer Werkstoffe und Materialien weitere Arbeitsplätze vernichtet werden.

Auch von seiten der Bundesregierung wird massiv auf weitere Rationalisierungen gedrungen. So koppelte der Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, Herr Grüner, die Subventionen der Bundesregierung an eine harte Auflage, die letztlich nicht auf den Erhalt, sondern auf den Abbau von Arbeitsplätzen zielt: "Insbesondere sind die im größeren Unternehmensverbund MBB/VFW gegebenen Rationalisierungsmöglichkeiten unverzüglich, konsequent und voll auszunutzen, um eine wirtschaftliche und international wettbewerbsfähige Unternehmensstruktur zu erzielen".

Arbeitsplatzgefährdung						
	Gesamt n = 400 %	Arbeiter n = 162 %	techn. Angest. n = 113 %	kaufm. Angest. n = 79 %	IGM n = 269 %	Unorgani- sierte n = 111 %
ziemlich sicher	3,5	3,7	4,4	2,5	3,7	3,6
keiner kann sicher sein	58,7	55,6	54,9	67,1	55,4	64,9
gefährdet	37,7	40,7	40,7	30,4	40,9	31,5

Frage: Halten Sie Ihren eigenen Arbeitsplatz für gefährdet oder für sicher?

In Bremen sind vom 1. 1. 1982 bis zum 31. 9. 1983 758 Arbeitsplätze (einschl. 158 Fremdarbeitsplätze) abgebaut worden. Der derzeitige Personalbestand von 4.156 Mitarbeitern soll bis 1988 auf 3.653 Arbeitnehmer verringert werden. Dieses bedeutet einen weiteren Personalabbau von 500 Arbeitsplätzen. Diese Zahlen haben nur dann Bestand, wenn kein weiterer Einbruch in den bisher am Standort Bremen wahrgenommenen Programmen erfolgt. Eine weitere Reduzierung der Programme würde einen erheblichen Personalabbau und einen Qualifikationsverlust nach sich ziehen.

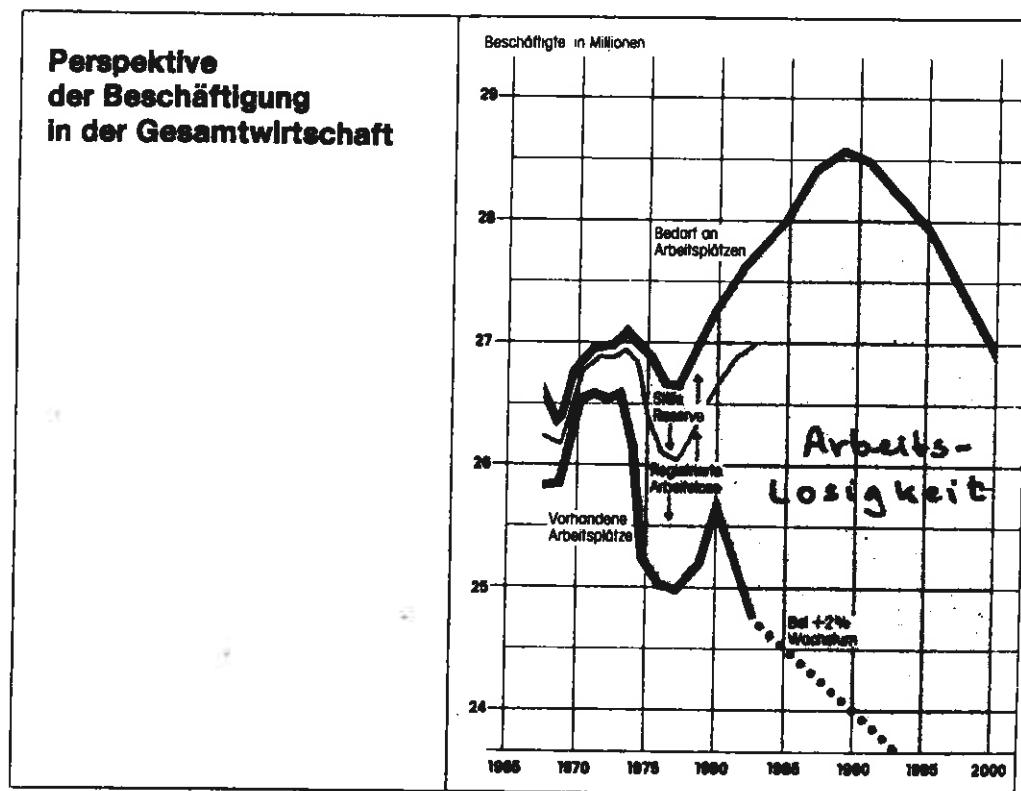
Arbeitsplatzalternativen						
	Gesamt n = 400 %	Arbeiter n = 162 %	techn. Angest. n = 113 %	kaufm. Angest. n = 79 %	IGM n = 269 %	Unorgani- sierte n = 111 %
schnell neue Arbeit wieder	3,2	4,3	4,4	0	2,6	5,4
man weiß nicht	34,0	35,8	27,4	32,9	32,3	36,0
längere Ar- beitslosigkeit	62,0	59,3	68,1	65,8	64,3	58,6
keine Antwort	0,7	0,6	0	1,3	0,7	0

Frage: Falls Sie einmal nicht mehr bei VFW beschäftigt sind: Finden Sie schnell eine neue Arbeit?

Ergebnisse der Belegschaftsbefragung 1982/83

Die gegenwärtige Arbeitsmarktsituation in Bremen ist u.a. durch den Niedergang der Werftindustrie ausgesprochen problematisch. Eine Arbeitslosenquote von über 13 Prozent (fast 40.000 Arbeitslose) mit ansteigender Tendenz verschärft für jeden Entlassenen die Gefahr einer längeren Arbeitslosigkeit, zumal in fast allen Betrieben ein Einstellungsstopp besteht. Die einzige Alternative zur Arbeitslosigkeit ist der Kampf um jeden einzelnen Arbeitsplatz in den bestehenden Unternehmen, auch wenn hierzu staatliche Hilfen not-

wendig sind. Eine solche Politik der Arbeitsplatzsicherung erscheint sinnvoller als die Verschwendung von Steuergeldern auf Kosten der Arbeitnehmer, deren Arbeitsplätze erst mit Hilfe von öffentlichen Mitteln wegrationalisiert werden und für die dann viele Milliarden als Arbeitslosenunterstützung aufzubringen sind.



„Atomkrieg tötet halbe Menschheit“

Experten: Keine Hilfe für Verletzte / Bahr-Appell an Bundestag

Weser-Kurier 11/05/83

Rüstung in den USA läßt Profite sprießen

Pentagon versucht Etat-Kürzungen mit
Arbeitsplatz-Argumenten zu verhindern

FR 26/05/82

Viele Unfälle mit Atomwaffen

Geheimdokument des Pentagon zählt Beinahekatastrophen auf

FR 22/12/80

Militär-Computer mangelhaft

US-Rechnungshof warnt vor neuem Fehlalarm im Warnsystem

FR 21/05/81

USA / Die Internationale Wettbewerbsfähigkeit wird durch hohe Verteidigungsausgaben beeinträchtigt

Der Rüstungsboom belastet die Privatwirtschaft.

Die Welt 10/06/81

Bürger wollen weniger Geld für die Verteidigung ausgeben

Umfrageergebnis: Viele sind bereit, zur Finanzierung des Umweltschutzes notfalls höhere Steuerlast in Kauf zu nehmen

FR 26/09/83

Die Mehrheit ist ohne „Wenn und Aber“ gegen die Nachrüstung

Umfrage der FU Berlin zeugt vom Vertrauensschwund in die "Schutzmacht USA" / Genfer Gespräche skeptisch beurteilt

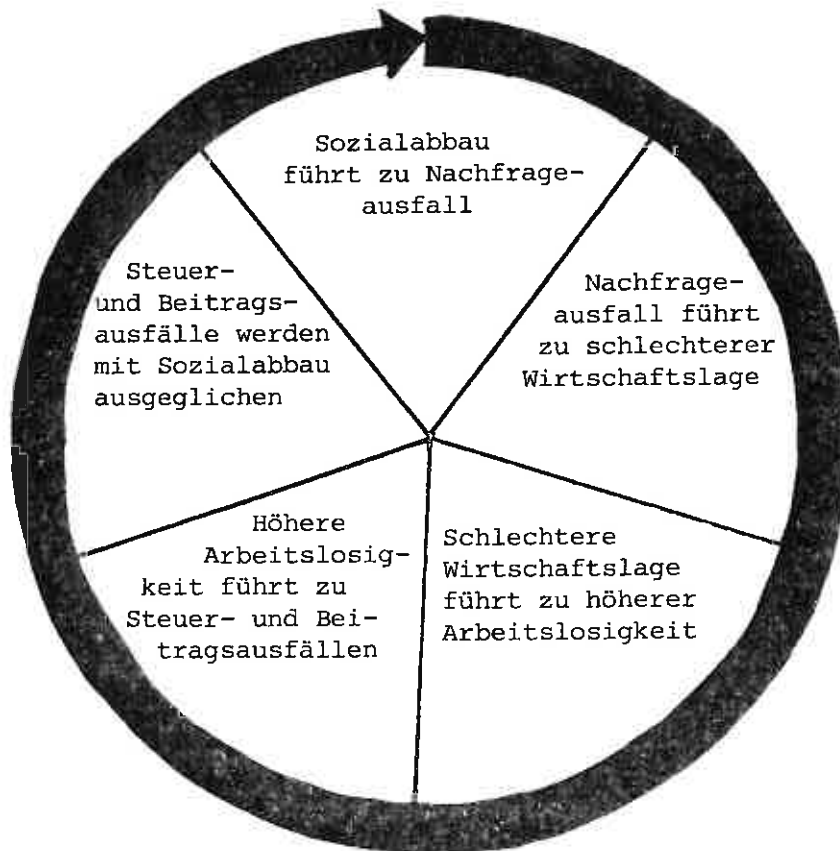
FR 15/10/83

II. RÜSTUNG UND ARBEITSPLÄTZE

Weltweit wurden 1983 ca. 800 Mrd. Dollar bzw. DM 2.100 Milliarden für Rüstung ausgegeben. In der Bundesrepublik sind 1983 ca. DM 46 Mrd. in den Rüstungsetat geflossen, wobei viele Gelder aus anderen Projekten und Haushaltsplänen noch nicht berücksichtigt sind.

Es ist davon auszugehen, daß derzeit weltweit ca. 50 - 100 Mio. Menschen direkt oder indirekt mit militärischen Aufgaben beschäftigt sind. Allein in der Bundesrepublik arbeiten neben den 670.000 Bundeswehrangehörigen ca. 240.000 Menschen in der Rüstungsindustrie.

Den steigenden Rüstungsausgaben stehen zunehmende Einschnitte im Sozialbereich gegenüber; die staatliche Sparpolitik (mit Ausnahme des Rüstungssektors) verschärft zugleich die Arbeitslosigkeit.



Die Produktionstechnologie ist in der Rüstungsindustrie besonders hoch entwickelt, da der Staat sämtliche Kosten erstattet und zusätzlich noch die Gewinne garantiert. So können Produktionsverfahren getestet werden, die später in zivilen Bereichen arbeitsplatzvernichtend eingesetzt werden.

Mit der zunehmenden Abhängigkeit von staatlichen Rüstungsaufträgen vollziehen sich Spezialisierungen, die teilweise mit dem Aufgeben vorhandener ziviler Märkte verbunden sind und eine Umstellung der Rüstungsproduktion unnötig erschweren.

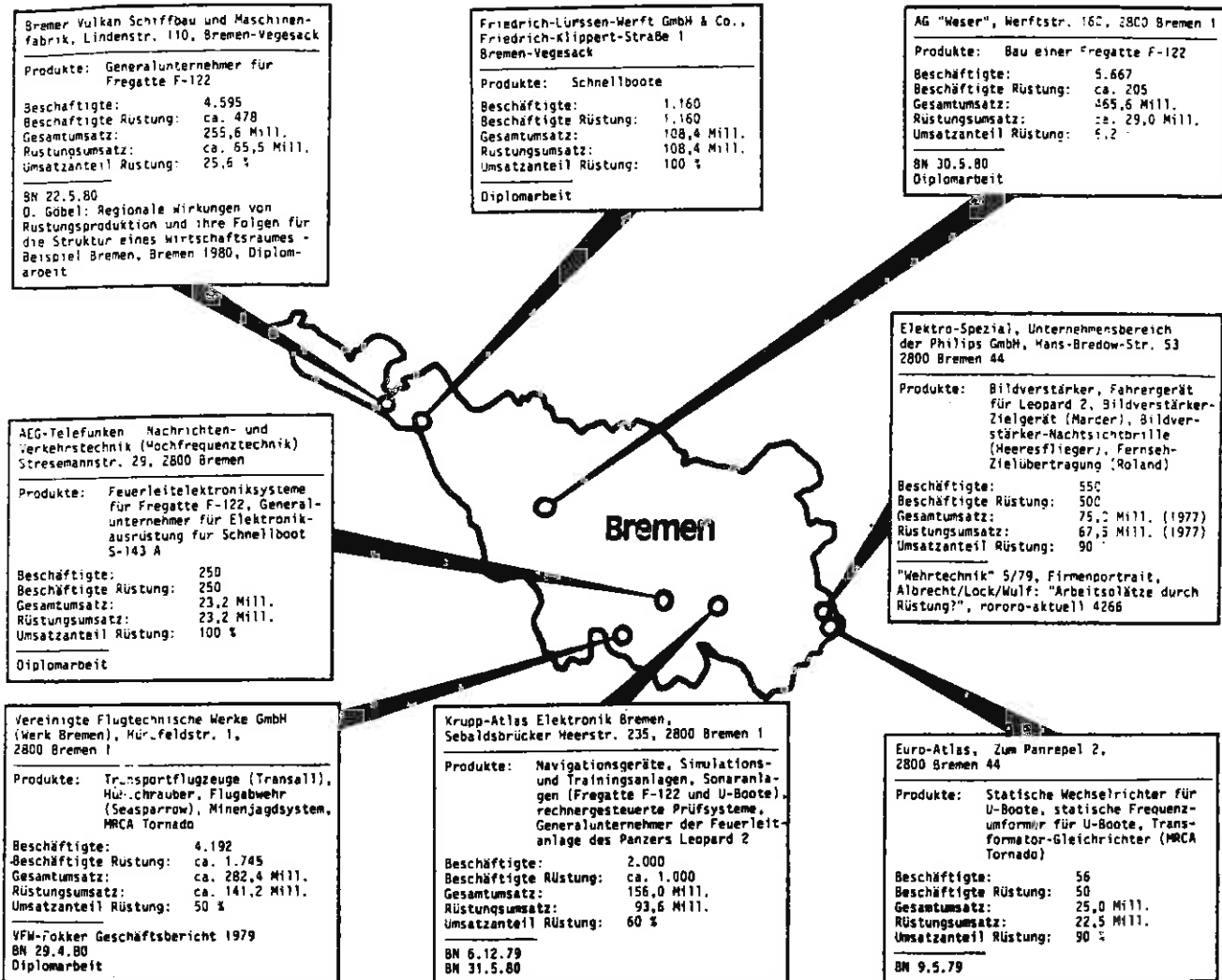
Im Rüstungssektor ist auch deshalb nicht von sicheren Arbeitsplätzen auszugehen, weil politische Entwicklungen schnell zu Auftragsverlusten führen können. So war z.B. während des Falklandkrieges die Lieferung der Fregatten von Blohm & Voss an Argentinien gefährdet.

Durch die Rüstungsproduktion erfolgt langfristig eine Verschiebung der Industriestruktur und es wird hochwertiges Know How in "unproduktive" Bereiche abgezogen, das dann wiederum in zivilen Bereichen fehlt.

Statt Billionen für Rüstung auszugeben, die letztlich der Menschheit Ressourcen entzieht und die Umwelt und die Menschen bedroht (gewollt durch Krieg oder ungewollt durch Atomunfälle bzw. durch langsame Umweltzerstörung) sollte das für die Rüstung verwendete geistige und materielle Potential lieber in die Beseitigung der Unterversorgung großer Teile der Weltbevölkerung und in Entwicklungshilfe gesteckt werden. Die in der Rüstung beschäftigten Menschen müssen genauso wie die derzeit über 2 Mio. Arbeitslosen schrittweise in die Produktion gesellschaftlich sinnvoller Güter einbezogen werden, was die Verbindung zwischen einer konsequenten Friedenspolitik und einer beschäftigungssichernden Wirtschaftspolitik erfordert.

An Rüstungsaufträgen beteiligte Bremer Firmen – Stand 1979

Die folgende Grafik veranschaulicht das Ausmaß der Rüstungsabhängigkeit Bremer Betriebe im Jahre 1979. Obwohl sich Einzeldaten geändert haben, gibt die Darstellung die Größenverhältnisse vermutlich zutreffend wieder.



Nach: „Neue“ vom 27. 3. 1981

Arbeitslosigkeit, Verelendung, Hungersnöte, Wohnungsnot, viele Krankheiten und Umweltzerstörungen sind Probleme, die es in einer Welt, die Menschen zum Mond fliegen läßt, nicht geben darf. Es müssen alle menschlichen Fähigkeiten zur Minderung dieser Probleme eingesetzt werden.

Die Sicherung des Friedens und der wirtschaftlichen Existenz der Menschen erfordert andere Produktions-

weisen und eine andere Verteilung der Güter sowie eine Umleitung der Rüstungsausgaben in soziale Bedarfssfelder.

Die Umschichtung der Rüstungsausgaben hätte positive Effekte: Für 1 Mrd. Dollar zusätzliche Nachfrage lassen sich in der Rüstungsindustrie 75.000 Arbeitsplätze schaffen, im Baugewerbe aber 100.000 und im Bereich der sozialen Dienste noch sehr viel mehr.

Rüstungsindustrie	75.710	
Privater Verbrauch	112.363	(+ 48,4 %)
Bausektor	100.072	(+ 32,2 %)
Transportwesen	92.071	(+ 21,6 %)
Maschinenbau	86.114	(+ 13,7 %)
Gesundheitswesen	138.939	(+ 83,5 %)
Erziehungswesen	187.299	(+ 147,4 %)

Quelle: US-bureau of labor statistics

Die Verschwendung wertvoller Arbeitskraft und wertvoller Ressourcen sowie die Vernichtung vieler menschlicher Existenzen muß beendet werden. Zur Durchsetzung der Veränderung der Arbeitsbedingungen und zum besseren Einsatz der Produktionsmittel für Produkte, die dem Menschen nützen und ihm nicht entgegenstehen, ist die volle Mitbestimmung der Arbeitnehmer auf der betrieblichen und der überbetrieblichen Ebene notwendig.

Eine zentrale Forderung ist die Begrenzung der Rüstungsabhängigkeit einzelner Unternehmen durch die Festschreibung eines Höchstanteils von z.B. maximal 30 Prozent. Eine Verringerung der Rüstungsabhängigkeit einzelner Firmen darf aber nicht auf Kosten der Arbeitsplätze gehen, sondern muß durch die Herstellung sozial nützlicher Produkte ausgeglichen werden.

III. ARBEITEN IM RÜSTUNGSBETRIEB

1. Unterschiedliche Interessen von Unternehmern und Beschäftigten

Zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer besteht ein grundlegender Interessenkonflikt:

- Für den Arbeitgeber ist das vorrangige Ziel die Gewinnmaximierung und Gewinnsicherung
- Der Arbeitnehmer ist abhängig und muß den Lebensunterhalt für sich und seine Familie verdienen.

Aus diesem Konflikt resultiert auch die unterschiedliche Haltung zur Rüstungsproduktion (der Arbeitgeber kann an Rüstungsprodukten sicher verdienen - *Gewinngarantie* -; der Arbeitnehmer muß arbeiten).

Will der Arbeitnehmer seinen Lebensunterhalt nicht mit Rüstungsproduktion verdienen, so sieht er sich folgenden Problemen gegenüber:

- Es gibt in der Bundesrepublik keine Mitbestimmung in wirtschaftlichen Dingen: D.h. Investitionsplanung, Auswahl der Produktpalette und Produktionsverlagerungen werden allein vom Unternehmer entschieden und vorgenommen.
- Die Freiheit der Wahl des Arbeitsplatzes ist stark eingeschränkt durch die momentane wirtschaftliche Situation (hohe Arbeitslosigkeit) sowie die starke Konzentration vieler Konzerne auf Rüstungsaufträge (wenig Ausweichmöglichkeiten innerhalb des Konzerns).

2. Gewerkschaftliche Interessenvertretung für eine Umstellung der Rüstungsproduktion

Alleine kann ein Arbeitnehmer seine Interessen nicht gegen den Arbeitgeber durchsetzen. Deshalb muß er seine Interessen gemeinsam mit der Gewerkschaft, dem Betriebsrat und den Vertrauensleuten vertreten.

IG Metall: 90 Prozent der Rüstungsproduktion finden im Bereich der Zuständigkeit der IG Metall statt. Grundsätzlich stellt sich die IG Metall gegen Rüstungsproduktion und Aufrüstung. Jedoch ist von seiten der IG Metall eine Verstärkung konkreter Initiativen für die Umstellung der Rüstungsproduktion nötig. Obwohl der von MBB-Kollegen formulierte Antrag der Ortsverwaltung Bremen auf dem 14. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall 1983 nur an den Vorstand überwiesen wurde, heißt es in EntschlieBung 3 zum Thema Frieden, Entspannung und Abrüstung: "Die IG Metall bekräftigt die Forderung nach der Vorbereitung von Umstellungen auf andere Produktionen auf der Basis hochentwickelter Technologien. Sie begrüßt und unterstützt die Arbeitskreise von Betriebsräten und von Vertrauensleuten, die das Ziel haben, bei den Unternehmen Alternative Produktionen zur Sicherung der Arbeitsplätze durchzusetzen". Dazu gehört nach unserer Auffassung auch, daß die Innovations-Beratungsstellen (IBS) der IG Metall zur weiteren Unterstützung der betrieblichen Initiativen in jedem Fall erhalten bleiben und ausgebaut werden. Die Koordination und Betreuung der betrieblichen Arbeitskreise erfolgt bisher auf der Ortsverwaltungs- und Bezirksebene der IG Metall.

Der Betriebsrat: kann sich für die Alternative Produktion einsetzen, indem er einerseits innerbetriebliche Freiräume schafft (z.B. für die Arbeit von

Arbeitskreisen) und andererseits die Ideen und Vorschläge dieser Gruppen aufgreift und sie der Geschäftsführung gegenüber vertritt. Zudem sollte der Betriebsrat darauf hinwirken, daß der Arbeitgeber versucht, anstelle von Geldern für Rüstungsaufträge zivile Aufträge zu beschaffen. Innerhalb des Betriebes muß die Initiative für eine Alternative Produktion und der Druck zur Umstellung der Rüstungsproduktion von der Belegschaft und den Vertrauensleuten ausgehen und von ihnen getragen werden. Dieser Druck muß sich am Interesse des Arbeitnehmers an einem gesicherten Arbeitsplatz orientieren.

Der Vertrauenskörper kann durch Initiativen zur Alternativen Fertigung gegen die Abhängigkeit von der Rüstungsproduktion aktiv werden. Durch politische Informationen und Aufklärung kann er auf die Belegschaft, die Gewerkschaft und die Belegschaft anderer Betriebe einwirken und somit öffentlichen Druck auf die Unternehmer und auf die politischen Entscheidungsträger ausüben. Dieser Druck wird durch die Gründung von weiteren Arbeitskreisen zur "Alternativen Fertigung" wesentlich verstärkt. Durch die Herstellung sozial nützlicher Produkte könnten sowohl gesellschaftliche Bedürfnisse befriedigt als auch Arbeitsplätze gesichert werden.

Zivile oder militärische Produkte						
	Gesamt n = 400 %	Arbeiter n = 162 %	techn. Angest. n = 113 %	kaufm. Angest. n = 79 %	IGM n = 269 %	Unorgani- sierte n = 111 %
lieber zivil	63,5	55,6	66,4	69,6	65,4	59,5
egal	34,2	42,0	31,0	29,1	32,7	36,9
lieber militärisch	2,0	1,9	2,7	1,3	1,5	3,6
keine Antwort	0,2	0,6	0	0	0,4	0

Frage: Wie würden Sie sich entscheiden, wenn Sie sich aussuchen könnten, ob Sie lieber an militärischen oder an zivilen Projekten/Aufgaben arbeiten wollen?

Ergebnisse der Belegschaftsbefragung 1982/83

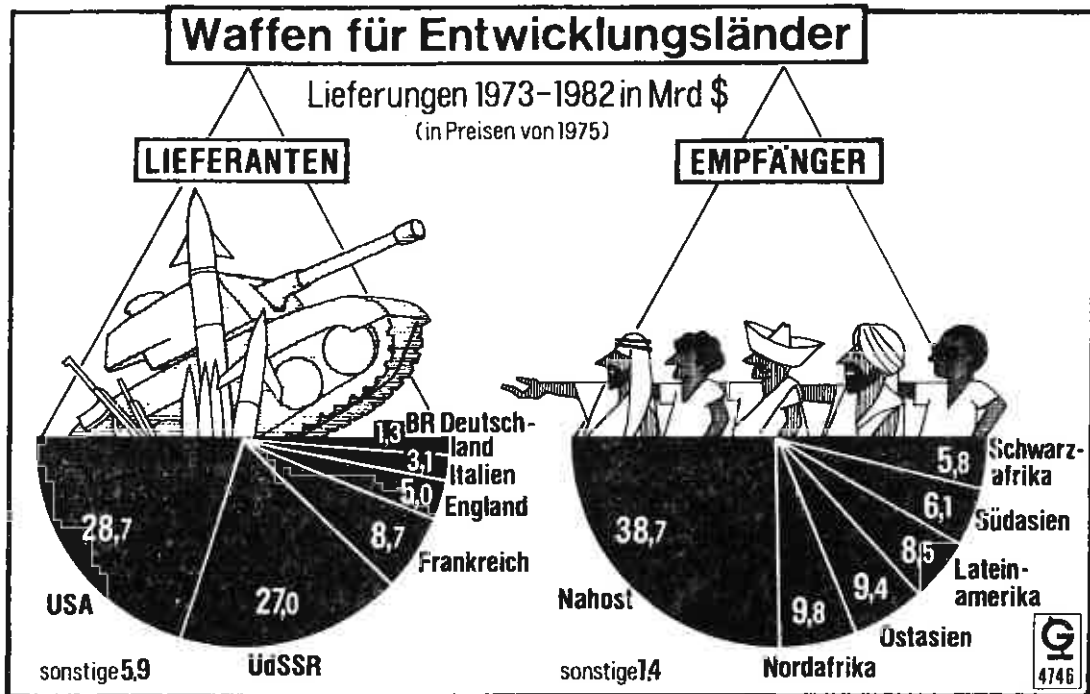
3. Militärische Nachfolgeaufträge und Arbeitsplätze

Zur Zeit arbeiten bei MBB in Bremen ca. 600 Kollegen in der Tornado-Fertigung. Die Produktion wird 1985 heruntergefahren und läuft 1987 aus. Zusätzlich zu den freiwerdenden Arbeitsplätzen in der Fertigung sind schon jetzt Einbrüche im Entwicklungsbereich erkennbar. Da die Airbus-Produktion reduziert werden soll und wesentliche Bauanteile am kleineren Typ Airbus A 320 nicht in Sicht sind, können die freiwerdenden Tornado-Arbeitsplätze kaum durch das Airbus-Programm abgesichert werden.



Als einziges größeres mögliches Nachfolgeprojekt kann der Jäger 90 betrachtet werden. Bisher ist noch nicht klar, welche der bisher vorliegenden Definitionen Aussichten auf Realisierung hat. Auch der Umfang des deutschen Anteils liegt noch nicht fest. Es spricht aber alles dafür, daß sich das gesamte Arbeitsvolumen beim Jäger 90 gegenüber dem Tornado in etwa halbieren wird. Ursprünglich waren für den Standort Bremen ca. 25 - 35 Prozent vom deutschen Anteil eingeplant, doch mit dem Auslauf der Tornado-Produktion treten auch in den süddeutschen Werken Auslastungsprobleme auf, so daß es konzernintern einen Druck auf das Bremer Werk geben kann. Außerdem werden aufgrund der niedrigen zu

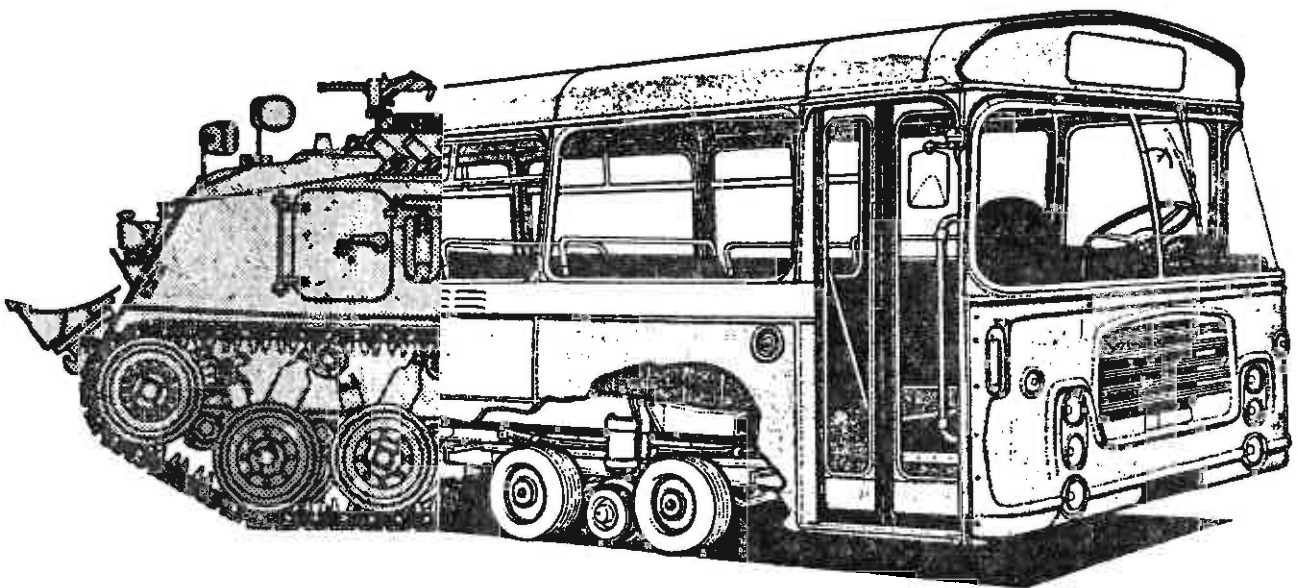
produzierenden Stückzahl sowie der Einführung von neuen Technologien und Fertigungsverfahren ohnehin wesentlich weniger Arbeitnehmer am Jäger 90 arbeiten als am auslaufenden Tornado.



Solange es nicht zu einer Umschichtung des Rüstungs-etats kommt, wird der Bremer Betriebsrat versuchen, die ursprünglich abgesprochenen Anteile für Bremen zu sichern, so daß zumindest von den ohnehin für Rüstungsproduktion vorgesehenen Arbeitsplätzen auch Bremen profitiert. Zugleich muß aber immer darauf hingewiesen werden, daß die Gefährdung des Standortes am Ende der 80'er Jahre abzusehen ist und aus der Haltung der Geschäftsführung herrührt, die nur Flugzeugbau, Rüstungsproduktion und keinerlei Diversifikation für diesen Standort vorsieht.

Um die gefährdeten Arbeitsplätze zu sichern, ist es neben der Durchsetzung der 35-Stunden-Woche erforderlich, die Entwicklung von anderen Produkten bei MBB zu intensivieren, um:

- schon jetzt die Monostruktur Flugzeugbau/Rüstungsproduktion und somit die einseitige Abhängigkeit aufzubrechen und die vorrangige Herstellung sozial nützlicher Produkte durchzusetzen.
- beim Auslaufen der derzeitigen Rüstungsprogramme sofort alternative Produkte fertigen zu können.



IV. DER ARBEITSKREIS ALTERNATIVE FERTIGUNG BEI MBB BREMEN

1. Ursachen und Gründe für das Entstehen

Eine Fusion kostet Arbeitsplätze. VFW Bremen wurde im Dezember 1981 von MBB fusions-gekauft. Die Produktion des Kampfflugzeuges Tornado wird 1987 abgeschlossen sein, wobei die Produktion ab 1983 stetig verringert wird. Die Airbus-Fertigung mußte gedrosselt werden. Es finden ständig Rationalisierungen statt. Durch die Finanzlage der Bundesrepublik ist zu erwarten, daß das bisherige Rüstungsgeschäft keine starke Ausweitung erfahren wird. Alle diese Tendenzen begründen unsere Vermutung, daß bei MBB ein noch über das vorgesehene Maß hinausgehender Arbeitsplatzabbau droht.

Rüstung kostet Arbeitsplätze. Weltweit anerkannt sind inzwischen die Beweise, die darlegen, daß man mit der Herstellung eines zivilen Produktes bei derselben Summe Geldes wesentlich mehr Menschen beschäftigen kann als mit Rüstungsproduktion. Große Rüstungsprogramme sind extrem teuer und vergrößern die Gefahr längerer Zeiträume ohne Beschäftigung bis zum nächsten gleichartigen Großprogramm. Rüstungsexport ist viel unsicherer als ziviler Export, da er nicht nur von finanziellen Bedingungen, sondern auch von politischen Entscheidungen, Regierungsänderungen, Kriegen und Umstürzen abhängig ist (was man z.B. bei Fregatten für Argentinien und den U-Booten für Chile sowie den Iran zu spüren bekam).

Trotz des kaum wachsenden Haushaltsvolumens der Staaten werden weltweit die Rüstungsetats erhöht. Die erforderlichen Abstriche zur Finanzierung der Rüstungsausgaben werden i.d.R. beim Sozialetat gemacht. Rüstung bedeutet also auch Sozialabbau.

In der dritten Welt bedeutet dies für viele Menschen Hunger und Tod.

Alle diese Gründe, vorrangig aber die Sorge um unsere Arbeitsplätze, haben die IG Metall-Betriebsräte und -Vertrauensleute bei MBB in Bremen dazu bewogen, den Arbeitskreis Alternative Fertigung ins Leben zu rufen.

Und noch etwas war Anstoß: Im Herbst 1981 haben IG Metall-Kolleginnen und Kollegen der Howaldswerke Deutsche Werft (HDW) in Kiel für die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze demonstriert - nachdem die Regierung in Bonn den Bau eines U-Bootes für Chile nicht genehmigt hatte. Dies war ungewollt auch ein Hinwirken auf die Erhaltung der chilenischen Diktatur, in der unsere Gewerkschaftskollegen z.B. aus den Kupfer-Bergwerken der Freiheit beraubt, gefoltert und ermordet werden. Wir verstehen zwar die Sorge der Kieler Kolleginnen und Kollegen und die Angst um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze. Trotzdem ist nach unserer Ansicht ein Streik für Rüstung für einen Gewerkschaftsangehörigen nicht tragbar, zumal die Arbeitnehmer im Kriegsfall immer die Hauptbetroffenen sind.

Wir wollen mit unserem Arbeitskreis auch erreichen, daß wir bei einem Beschäftigungseinbruch nicht für Rüstungsprodukte auf die Straße gehen müssen. Wir

Unterstützung des Arbeitskreises Alternative Fertigung						
	Gesamt n = 400 %	Arbeiter n = 162 %	techn. Angest. n = 113 %	kaufm. Angest. n = 79 %	IGM n = 269 %	Unorgani- sierte n = 111 %
Arbeitskreis ist positiv	93,2	92,6	94,7	97,5	94,8	91,9
zur Unter- stützung bereit	81,5	78,4	91,2	79,7	81,0	82,9
zur Mitarbeit bereit	49,5	45,7	61,1	43,0	50,9	45,9

Ergebnisse der Belegschaftsbefragung 1982/83

wollen dann in der Lage sein, eine ganze Palette alternativer, d.h. nicht-militärischer Produkte vorzuschlagen, deren Herstellung bei uns ohne weiteres möglich ist.

2. Zielsetzung, Grundsätze und Vorgehensweise

2.1 Zielsetzung

- Arbeitsplätze erhalten und neue schaffen

Mit unserer Arbeit streben wir an, die Arbeitsplätze bei MBB Bremen auf lange Sicht auch durch die Herstellung neuer Produkte zu erhalten.

- Verringerung des Umfanges der Rüstungsproduktion

Wir wollen darauf hinwirken, daß MBB Bremen langfristig weitgehend von der Rüstungsproduktion unabhängig wird. Dazu ist es notwendig, daß die Regierung in Bonn die Aufblähung des Rüstungshaushaltes stoppt und die freiwerdenden Gelder dazu nutzt, bei den bisherigen Rüstungsfirmen zivile Produkte in Auftrag zu geben. Solange eine solche politische Änderung nicht eintritt, muß von den Beschäftigten des Bremer MBB-Werkes leider an den bisherigen Rüstungsanteilen festgehalten werden. Grundsätzlich zu begrüßen wäre eine Regelung, die wie in Schweden für alle Unternehmen einen maximalen Rüstungs-Umsatzanteil von 30 Prozent festschreibt.

- Veränderung der Arbeitsbedingungen im Sinne der Arbeitnehmer

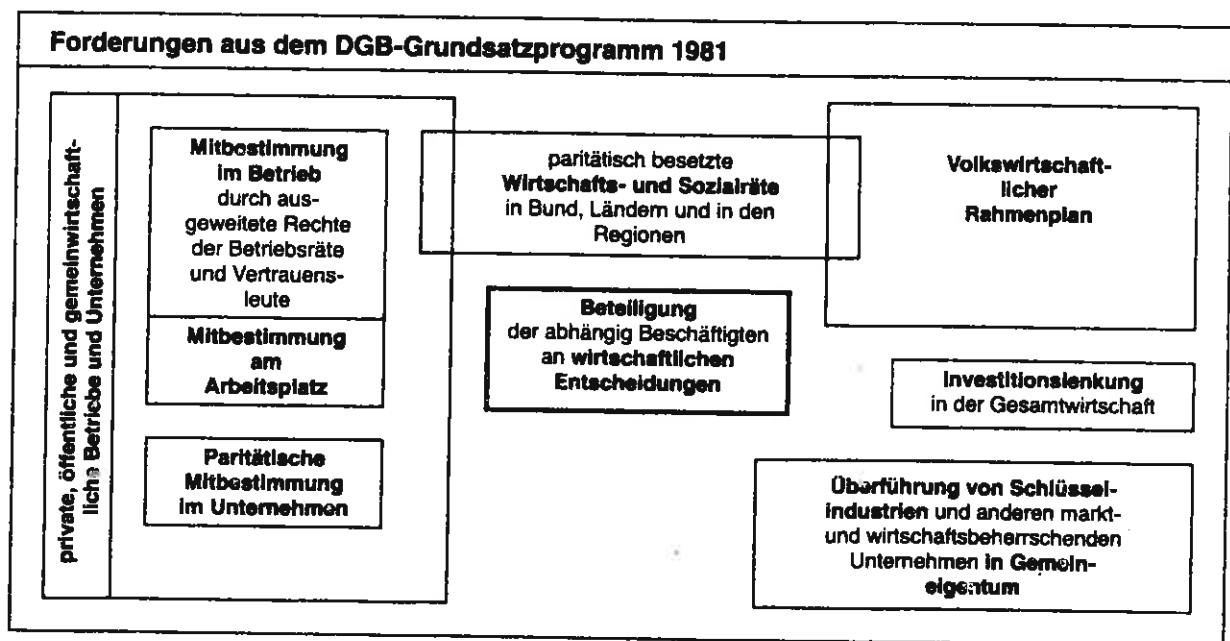
Wir wollen erreichen, daß die Produktionsverfahren zur Verwirklichung unserer Vorschläge menschlicher und sicherer für die daran Arbeitenden werden. Das Schlagwort von der Humanisierung und Demokratisierung der Arbeitswelt darf keine leere Worthölse bleiben.

- Ausweitung der Mitbestimmung

Zur Verwirklichung der Ziele des Arbeitskreises benötigen wir neue Formen der Mitbestimmung. Dazu muß eine Beteiligung der Arbeitnehmer an den Entscheidungen darüber, was wie, wo, wann und für wen produziert wird, geschaffen werden. Die Notwendigkeit einer erweiterten Mitbestimmung wird durch unsere Arbeit immer mehr Kolleginnen und Kollegen bewußt.

- Unterstützung der Friedensbewegung

Bisher hingen Rüstung und Kriege eng zusammen. Zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit würde der nächste Krieg die totale Vernichtung aller Menschen und wahrscheinlich allen Lebens bedeuten. Wir sind uns bewußt, daß wir als Rüstungsbeschäftigte die Abrüstung nicht z.B. mit dem untauglichen Mittel eines Rüstungs-Produktions-Streiks erreichen können. Die Entscheidungen über Abrüstung und Frieden fallen im politischen Raum. Nur mit großen Teilen der Bevölkerung läßt sich auf die Regierung und das Parlament einwirken, entsprechende politische Entscheidungen zu treffen. Wir haben festgestellt, daß die Existenz unseres Arbeitskreises innerbetrieblich und in der Öffentlichkeit zu einer Verstärkung der Friedensdiskussion beigetragen hat.



2.2 Grundsätze

Für die Produkte, die wir vorschlagen wollen, haben wir folgende Grundsätze aufgestellt:

- Keine Vorschläge aus dem Bereich Rüstung
- Die Produkte müssen gesellschaftlich sinnvoll und sozial nützlich sein. Das bedeutet im einzelnen, daß sie einen echten Bedarf in der Bevölkerung decken und nicht einem künstlichen, erst durch Werbung oder anderen Psychoterror hervorgerufenen Bedürfnis dienen.
- Jedes Produkt muß umweltfreundlich sein. Dazu gehört auch, daß es lange hält.
- Es soll menschenfreundlich in der Handhabung und auch in der Wirkung auf den Menschen sein, z.B. nicht unfallträchtig.
- Es soll energiesparend sein.
- Die Herstellung der Produkte muß unter arbeitnehmerfreundlichen, humanen Bedingungen erfolgen.
- Es sollten keine Ersatzprodukte für bisherige, von anderen Firmen hergestellte Produkte sein. Das würde den dort beschäftigten Kolleginnen und Kollegen die Arbeitsplätze kosten. Diese Frage stellt sich erst bei einem zunehmenden Absatzmarkt neu.
- Wir werden keine Produkte vorschlagen, die in anderen Betrieben die Rationalisierung vorantreiben, weil das die Arbeitslosigkeit verstärken würde.
- Wir werden keine Produkte vorschlagen, von denen wir wissen, daß sie über den Preis z.B. nur die halben Kosten decken. Allerdings fordern wir umgekehrt, daß auch Produkte ohne Gewinn hergestellt werden, wenn damit eine ganze Reihe von Arbeitsplätzen gesichert werden kann.

Der Arbeitskreis Alternative Fertigung ist nicht nur allein von seiner Entstehung und Einbindung, sondern auch von seiner Idee her ein Teil der Gewerkschaftsbewegung. Die Bindung an die IG Metall ist deshalb sowohl auf Ortsverwaltungs- als auch auf Bezirksebene sehr groß. Eine enge Zusammenarbeit mit dem Betriebsrat und dem IG Metall-Vertrauenskörper im Betrieb ist die Grundlage unserer Arbeit in den letzten zwei Jahren.

Wir treten mit unserem Arbeitskreis und mit unseren Ideen auch an die Öffentlichkeit heran. Dabei arbeiten wir mit allen demokratischen Organisationen und Institutionen zusammen. Öffentlicher Druck wird uns umgekehrt helfen, unsere Vorstellungen im Konzern zu verwirklichen.

Wir begrüßen die politischen Bemühungen um Abrüstung und Frieden. Viele Mitglieder des Arbeitskreises engagieren sich persönlich sehr aktiv in dieser Frage. Erfolge in der Abrüstung würden außerdem den Zielen des Arbeitskreises entgegenkommen und mehr zivile Aufträge von der Regierung ermöglichen.

Für die Friedensbewegung haben wir einen Vorbehalt ihrer Gegner entkräften können, der als Argument in der Öffentlichkeit stark wirkte. Wir werden unsere Arbeitsplätze nämlich nicht verlieren, falls durch Abrüstungsbeschlüsse eine Verringerung oder Einstellung der Rüstungsproduktion erforderlich ist. Der Betrieb kann kurzfristig von Rüstungs- auf Zivilproduktion umgestellt werden. Für zivile Produkte freiwerdende Gelder des Bundes bringen wahrscheinlich sogar noch mehr Arbeitsplätze als vorher. Der Arbeitskreis Alternative Fertigung ist sowohl mit dieser Argumentation als auch durch sein Wirken ein Teil der Friedensbewegung.

2.3 Vorgehensweise

Der Arbeitskreis Alternative Fertigung bezieht alle Kolleginnen und Kollegen von MBB Bremen (dazu auch die des Tochterunternehmens Erno) in seine Arbeit ein, soweit sie dazu bereit sind. Die Kollegen werden durch Flugblätter und Beiträge auf Betriebsversammlungen informiert.

Die Öffentlichkeitsarbeit erfolgt mit Hilfe der Presse, des Rundfunks und des Fernsehens, aber auch durch eine Reihe von Referaten vor Friedensinitiativen, Gewerkschaften, Parteiversammlungen, kirchlichen Veranstaltungen und in Universitäten. Außerdem gibt es eine Vielzahl von Diskussionen und Kontakten zu anderen Initiativen, z.B. im Gesundheitswesen.

Vermittelt über die IG Metall und in Zusammenarbeit mit der Innovationsberatungsstelle in Hamburg und dem Kooperationsbereich zwischen Universität und Arbeiterkammer in Bremen gibt es eine ständige Zusammenarbeit mit anderen betrieblichen Initiativen. Im ersten Halbjahr 1984 wird es neben einer nationalen Konferenz der Hans-Böckler-Stiftung auch eine internationale Tagung betrieblicher Initiativen geben.

3. Strukturierung und Arbeitsweise des Arbeitskreises

3.1 Aufbau des Arbeitskreises

Der Arbeitskreis Alternative Fertigung wurde im März 1982 nach einem Seminar von Vertrauensleuten und Betriebsräten gegründet. An den Diskussionen des Arbeitskreises haben inzwischen über 100 Kolleginnen und Kollegen teilgenommen. 60-70 Interessierte bilden den aktiven Kern.

Der Arbeitskreis Alternative Fertigung wurde vom Vertrauenskörper der IG Metall gegründet. Es wurde aber von vornherein festgelegt, daß das Mitwirken und die Mitarbeit aller Arbeitnehmer von MBB und Erno möglich ist. In der Zusammensetzung des Arbeitskreises hat sich dies auch niedergeschlagen, ohne daß die genaue Zahl derer bekannt ist, die der Gewerkschaft nicht angehören. Für die IG Metall hat es sich direkt positiv ausgewirkt, denn einige Kolleginnen und Kollegen haben über ihre Beteiligung an der Arbeit des Arbeitskreises den Weg zur IG Metall gefunden.

Im Arbeitskreis sind viele Bereiche des Werkes vertreten. Neben gewerblichen Kolleginnen und Kollegen aus fast allen im Betrieb vertretenen Berufen arbeiten die Angestellten aus den verschiedensten Bereichen der Entwicklungsbüros, der Verwaltung und auch der Konstruktion und der Fertigung mit. Dabei sind Arbeiter, Kaufleute, Techniker und Ingenieure der unterschiedlichsten Fachrichtungen.

Der organisatorische Ablauf ist so ausgerichtet, daß die wesentlichen Beschlüsse im Plenum des Arbeitskreises und im Vertrauenskörper der IG Metall gefaßt werden. Eine Organisationsgruppe kümmert sich um alle geschäftsmäßigen Fragen. Einen Vorsitzenden gibt es nicht, aber einen Sprecher des Arbeitskreises.

3.2 Arbeitsweise

Die Produktvorschläge werden nicht in großen Gruppen erdacht oder entwickelt. Es war von vornherein vorgesehen, die Vorschläge in Arbeitsgruppen zu erarbeiten. Die ursprünglich vorgesehene Vielzahl von Arbeitsgruppen mußte allerdings aufgrund des vorhandenen Interesses verringert werden. Z. Zt. arbeiten die drei Arbeitsgruppen Energietechnik, Verkehrstechnik und medizinische Geräte aktiv. Jede Arbeitsgruppe

ist in ihrem Wirken autonom. Wir haben auf der Basis der Erfahrungen anderer Arbeitskreise keine großen Hoffnungen auf Produktvorschläge von außerhalb des Betriebes gesetzt.

Allerdings konnten wir unsere Vorstellung, die in der Belegschaft vorhandenen Produktideen sehr ausführlich auszuarbeiten, nicht voll realisieren. Die Vorschläge, die wir der Geschäftsführung des Bremer Werkes vorlegen, haben sehr unterschiedliche Ausarbeitungsstadien. Das reicht von der reinen Idee bis hin zu Lösungen technischer Einzelheiten eines Projektes. Auch unser Vorhaben, nur einzelne Produktvorschläge zu machen, haben wir geändert. So werden wir auf dem Sektor Energietechnik vor allem die Firmenpolitik mit der Geschäftsführung diskutieren und die regionale Energieversorgung kritisch durchleuchten.

4. Produktvorschläge

Der erste, vor einem Jahr der Geschäftsführung vorgelegte Produktvorschlag war eine automatisch geführte Operationslampe für den Zahnarztpraxis-Behandlungsstuhl. Der Vorschlag stammte von einem bekannten Kieferchirurgen, der auch eine Patentanmeldung für diese Idee besitzt. Dieser Vorschlag wurde von der Geschäftsführung abgelehnt, weil die Produktionskosten, zumindest nach den Berechnungen der Fachleiter, zu hoch werden würden. Aus zeitlichen Gründen (Patentrealisierung) war eine weitere Verfolgung des Projektes von seiten des Arbeitskreises nicht möglich.

Von der Arbeitsgruppe Verkehrstechnik wurden unterschiedlich umfangreiche Produktideen vorgebracht. So sollte MBB daran gehen, Wohnwagenhüllen zu bauen und zu vertreiben (VFW stellte früher Wohnwagen her). Für die Bundesbahn könnte MBB ein LKW-Verladesystem entwickeln, das die Aufnahme und das Absetzen von Last-

wagen und Containern an jedem Ort des Streckennetzes ermöglicht. Der Luftschiffbau (Zeppeline) kann unserer Meinung nach wieder aufgenommen werden. Für den Transport schwerer Güter in unwegsamen Gebieten (Brasilien, afrikanische Staaten und die UDSSR sollen Interesse bekundet haben), für den Küstenschutz, für die Umweltüberwachung und für den Tourismus sind diese Luftschiffe einsetzbar und von größtem Vorteil.

Auf dem Energiesektor stellt die Arbeitsgruppe Überlegungen zur Art der Energiegewinnung und zur Energieversorgung zur Diskussion. Neben Anlagen zur Erzeugung von Wind- und Solarenergie steht die Frage der Wärmespeicherung und des Wärmetransports im Mittelpunkt der Überlegungen. Darüber hinaus soll an einem Konzept für die regionale Energieversorgung und dem Ausbau der Fernwärme gearbeitet werden.

Zur Unterstützung von Behinderten ist ein Rollstuhlfahrrad als Prototyp gebaut worden.

5. Zukunftsperspektiven

Die Arbeit des Arbeitskreises Alternative Fertigung ist einem ständigen Wandel unterworfen. Neben Verlagerungen gibt es aber auch Zuwächse bei den Aktivitäten. So hat sich nach dem letzten Seminar eine Arbeitsgruppe Modellbau gebildet, die z.B. vom Luftschiff ein Modell bauen will. Dies ist für die Öffentlichkeitsarbeit des Arbeitskreises von sehr hohem Wert.

Neue Produktvorschläge werden wir aus einem Bündel von Ideen nehmen, die wir bei einer Umfrage im Betrieb von den Kolleginnen und Kollegen erhalten haben.

Die Tendenz unserer Vorschläge wird dabei vermehrt in Bereiche gehen, für die die öffentliche Hand eine besondere Verantwortung hat (Küstenschutz, Umweltfragen, Energieversorgung). Es ist deshalb erforderlich, mit

Betriebsrat, Gewerkschaften und Parteien verstärkt in diesen politischen Bereich hineinzuwirken. Die gleiche politische Relevanz hat das Bemühen um die Umwandlung von Rüstungsaufträgen in zivile Aufträge durch den Bund.

Noch nicht erkennbar ist für uns, welche Bedeutung die Einrichtung eines Zentralbereichs "Diversifikation" sowie von neuen Gesellschaften (GmbH's) durch MBB hat. Werksschließungen wie bei der AG Weser zeigen, daß man früh mit der Suche nach alternativen Produkten beginnen muß und nicht erst, wenn es bereits zu spät ist. Die neuen Überlegungen der Konzernspitze betrachten wir als einen Erfolg unseres Arbeitskreises, auch wenn er allein sicher nicht die Umorientierung in der Firmenpolitik bewirkt hat. Allerdings kann dieser neue Zentralbereich den Nebenzweck haben, unsere Arbeit überflüssig erscheinen zu lassen. Im Gegensatz zur Geschäftsführung sind wir allerdings nicht auf möglichst hohe Gewinne ausgerichtet. Wir werden die Geschäftsführung in Grenzfällen von der Notwendigkeit der Aufnahme eines Vorschlags in die Produktpalette zu überzeugen versuchen, auch wenn die Gewinnaussichten nicht sehr gut sind. Zur Durchsetzung unserer Vorstellungen sind wir auf innerbetrieblichen und außerbetrieblichen Druck, aber wohl auch auf staatliche Aufträge angewiesen.

Für uns ist die Bewußtseinsbildung bei allen Betroffenen sowohl in der Frage der Mitbestimmung als auch in der Abrüstungs- und Friedensfrage eine wichtige Zukunftsperspektive. Die gleiche Bedeutung hat für uns die positive Veränderung (Humanisierung) der Art der Produktherstellung.

Alternative produktion“, das ist ein vielschichtiger begriff, der in der letzten zeit immer häufiger auftaucht. Was ist damit gemeint? Für die einen bedeutet er „arbeiten ohne chef“, für die anderen anbau von landwirtschaftlichen erzeugnissen ohne kunstdünger und chemie.

Im industriellen bereich wurde er zunächst dort verwendet, wo es um „rüstungskonversion“ ging. Wobei sich hinter diesem fremdwort nichts anderes verbirgt als die umstellung der produktion von rüstungs- auf zivile güter. Im bereich der werften wird er benutzt, wenn es um die „diversifizierung“ geht. Dieses kaum aussprechbare wort

bedeutet nichts anderes als die ausweitung des produktionssortiments.

In den letzten jahren sind in etlichen betriebs arbeitskreise „alternative produktion“ gebildet worden. Gegründet wurden sie unter verschiedenen namen, doch der anlaß waren immer die auswirkungen von krise und rationalisierung im betriebe. Allen arbeitskreisen stellte sich die gleiche frage: Wie können unsere arbeitsplätze gesichert werden? Von dieser frage aus zu den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen ursachen zu kommen war meist nur ein kurzer weg.

Die bisherigen ergebnisse der arbeitskreise sind beachtlich, wie unsere beispiele aus einigen arbeitskreisen beweisen. Allerdings haben die meisten kreise auch die erfahrung gemacht, daß gute ideen haben

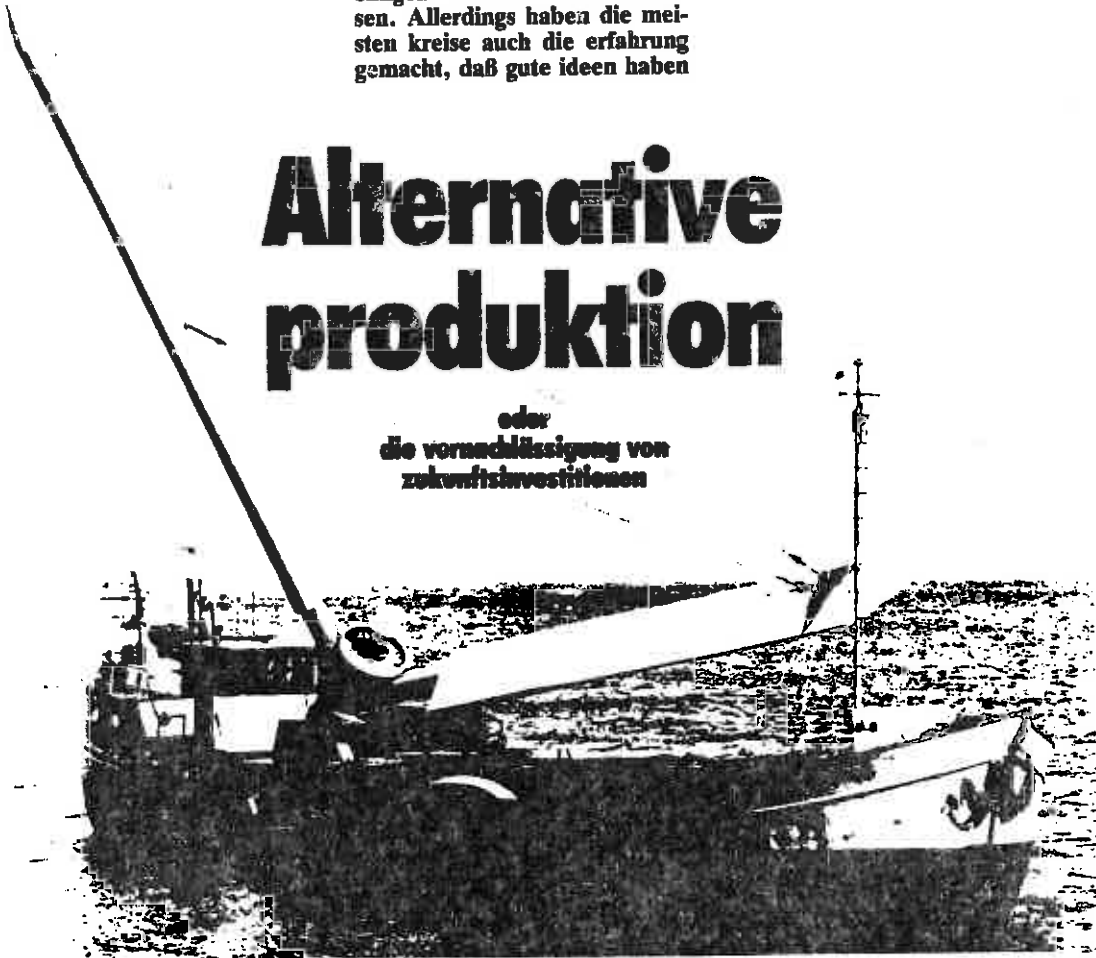
und sie umsetzen nicht zwei seiten der gleichen medaille sind.

Bei uns ist das thema von politikern bisher noch nicht aufgegriffen worden. In anderen ländern ist man da schon weiter. Dort beschäftigen sich auch überbetriebliche stellen mit „alternativer produktion“, wie unser beispiel aus England beweist.

In den arbeitskreisen „alternative produktion“ geht es längst nicht mehr nur um neue erzeugnisse. Immer mehr wird die frage gestellt, was, für wen, wie in unserer gesellschaft gefertigt werden soll. Die antwort darauf „dürfen wir nicht länger den vertretern von profitinteressen allein überlassen“.

Alternative produktion

oder
die vernachlässigung von
zukunftsinvestitionen



aus: der Gewerkschafter 1/84

V. DURCHSETZUNGSPROBLEME EINER ALTERNATIVEN FERTIGUNG AUF DER BASIS UNTERSCHIEDLICHER INTERESSEN VON GESCHÄFTSLEITUNG UND BELEGSCHAFT

1. Bestehende Interessengegensätze auf den Gebieten
 Rüstungskonversion, Arbeitsplatzsicherung, Umwelt-
 erhaltung, Friedenssicherung und Humanisierung
 der Arbeitswelt

Die Probleme, die bei der Durchsetzung der Alternativen Fertigung auftreten, ergeben sich folgerichtig aus der unterschiedlichen Interessenslage der "Arbeitnehmer" und der Unternehmer in unserer Gesellschaft. Im folgenden sollen die aus diesen Interessenlagen resultierenden Ziele einander gegenübergestellt und die Eigenschaften alternativer Produkte dargestellt werden. Aus der Klärung der Interessenslagen ergeben sich die Strategien, die auf beiden Seiten angewendet werden bzw. angewendet werden müssen, um die Alternative Fertigung zu verhindern bzw. durchzusetzen. Es werden Voraussetzungen und konkrete Vorgehensweisen aufgezeigt, um die Strategien der Alternativen Fertigung durchzuführen und den Gegenstrategien der Unternehmer begegnen zu können.

Die Aufgabe der Alternativen Fertigung ist es, Alternativen zu den derzeitigen Produkten und Produktionsmethoden der Rüstungsindustrie zu finden und für den Aufbau dieser alternativen Produktion zu kämpfen.

Die Ziele einer Alternativen Fertigung sind:

Rüstungskonversion
 Arbeitsplatzsicherung
 Umwelterhaltung
 Friedenssicherung
 Humanisierung der Arbeitswelt

Den Zielen der Alternativen Fertigung steht das Interesse der Profitmaximierung der Unternehmer gegenüber. Die Folgen sind:

Rüstungsproduktion

Arbeitsplatzvernichtung

Umweltbelastung

Kriegsgefahr

Rationalisierung der Produktionsmethoden.



Cartoon:
Larry

aus:
Mitbestimmung
12/82
(Hans-Böckler-Stiftung)

1.1 RÜSTUNGSKONVERSION

Interessen der Alternativen Fertigung	Interessen der Unternehmer
- Die Produktion von Rüstungsgütern bedeutet: Schaffung von totem Material (Kapital). Die Folgen sind u.a.: Zunehmende Inflation Rohstoffvergeudung unnötige Umweltbelastung. - Die Ausbildung innerhalb der Bundeswehr schafft totes geistiges "Kapital" anstelle der Erhöhung der Allgemeinbildung und des Fachwissens der gesamten Bevölkerung zum Nutzen der Menschheit. - Die Bundeswehr kostet Steuergelder, die von anderen notwendigen Bereichen abgezogen werden. - Rüstung vernichtet Arbeitsplätze. Mit der gleichen Summe Geld lassen sich im zivilen Bereich mehr Arbeitsplätze schaffen als im Rüstungssektor.	- Rüstungsgüter unterliegen weniger den Marktmechanismen (Konkurrenz). - Die Gewinne sind vertraglich gesichert. - Die Risiken sind geringer durch die Solidität des Auftraggebers. - Die Programme sind langfristig mit nachfolgenden Wartungs-Verträgen, wodurch die Unternehmensentwicklung kalkulierbar scheint. - Die öffentliche Kontrolle ist gering und bei möglicher Durchführung zwecklos. - Es können Spitzentechnologien auf Staatskosten entwickelt werden, wodurch der Unternehmer die Marktführerschaft erreichen und sichern kann.

1.2 ARBEITSPLATZSICHERUNG

Interessen der Alternativen Fertigung	Interessen der Unternehmer
- Arbeit (nicht Lohnarbeit) ist ein Teil des menschlichen Lebens. - Zur Erhaltung der physischen und psychischen Gesundheit des Einzelnen, zur Sicherung des Lebensstandards und sogar des Lebens des Menschen sowie - zur Senkung der gesamtgesellschaftlichen Kosten für Arbeitslosengeld, -hilfe oder Umschulung - ist es notwendig, Arbeitsplätze zu erhalten bzw. zusätzliche neu zu schaffen.	- Jeder wegrationalisierte Arbeitsplatz ist für den Unternehmer eine direkte Kostensenkung, d.h. Gewinnsteigerung. - Es ergibt sich eine indirekte Kostensenkung durch Ausschaltung des "Risikos Mensch". - Die Produktivität wird erhöht, denn jede Maschine, die einen Arbeiter ersetzt, kann nicht nur schneller und besser, sondern auch länger arbeiten und nicht nur 35 Stunden in der Woche. - Die Qualität der Produkte wird durch die Automatisierung z.T. erhöht.

1.3 UMWELTERHALTUNG

Interessen der Alternativen Fertigung	Interessen der Unternehmer
- Die Umwelt ist Grundlage allen Lebens. Schon heute ist die Natur so weit geschädigt und zerstört, daß Gesundheit und Leben unserer und der kommenden Generationen beeinträchtigt und bedroht sind. Die Umwelt darf nicht weiter geschädigt werden, sondern muß im Gegenteil soweit wie möglich wieder in Ordnung gebracht werden. - Die Ressourcen werden heute unbedenklich ausgebeutet, obwohl sie die Grundlage auch für das Leben späterer Generationen sind. Die Rohstoffausbeutung muß auf das Notwendigste reduziert werden, andere regenerative Energiequellen müssen verwendet und ausgebaut werden. - Technologie und Umweltbeeinflussung müssen für den einzelnen Produzenten überschaubar, kontrollierbar und steuerbar bleiben.	- Die Umwelt soll prinzipiell so wenig wie möglich weiter zerstört werden, da sie die notwendigen Ressourcen liefert. - Um Kosten einzusparen, wird die Schonung der Umwelt in der betriebswirtschaftlichen Betrachtung vernachlässigt. - Durch das Streben nach Großtechnologien wird die Entsorgung immer aufwendiger und aus Kostengründen nicht ausreichend durchgeführt oder ist gar nicht mehr möglich.

1.4 FRIEDENSSICHERUNG

Interessen der Alternativen Fertigung	Interessen der Unternehmer
- Frieden ist auf der Welt auf die Dauer nur möglich, wenn die krassen Mißverhältnisse zwischen Armen und Reichen aufgehoben sind, es keine Herrschenden und Beherrschten mehr gibt und die Angst vor Zukunft und Kriegen nicht mehr notwendig ist. Zur Sicherung des eigenen und des Lebens anderer ist der Frieden unabdingbar. Voraussetzung dafür ist eine Abrüstung auf allen Seiten.	- Die Geschichte zeigt, daß aufgrund von Marktkampf und Gewinnmaximierung Einzelunternehmen in Großkonzerne übergehen, die ihre ökonomischen Konflikte nur noch durch Krieg lösen können.

1.5 HUMANISIERUNG DER ARBEITSWELT

Interessen der Alternativen Fertigung	Interessen der Unternehmer
- Die Produktionsmethoden sollen so gestaltet sein, daß der Arbeitnehmer körperlich und psychisch nicht geschädigt wird. - Der Produktionsablauf soll so erfolgen, daß der Arbeitnehmer sich mit seinem Produkt identifizieren kann. Möglich ist dies durch Schaffung fachlicher Kompetenz für den Produktionsprozeß und die Anwendung der Produkte. Auf diese Weise können Hierarchien abgebaut und eine horizontale Arbeitsteilung (Gleichrangigkeit) ermöglicht werden.	- Die Produktionsmethoden sollen so gestaltet sein, daß die Kosten minimiert werden. Ob das der Humanisierung der Arbeit entgegensteht oder nicht ist zweitrangig. - Die Kontrolle des Arbeitnehmers und der einzelnen Arbeitsschritte soll vollständig sein, um dem Unternehmer die volle Macht über den Arbeitnehmer zu geben (vertikale Arbeitsteilung/Hierarchie). - Die Schaffung fachlicher Kompetenz für den Arbeitnehmer erfolgt nur für jeweils einen Teil des Arbeitsprozesses; damit wird die Abgrenzung zu anderen erreicht. Die Übersicht und die Möglichkeit der eigenen Initiative des abhängig Beschäftigten werden damit eingeschränkt und sein Selbstbewußtsein unterdrückt.

2. EIGENSCHAFTEN ALTERNATIVER PRODUKTE

Interessen der Alternativen Fertigung	Interessen der Unternehmer
- Die Produkte sollten alle Ziele erfüllen oder sollten zumindest nicht gegen Ziele verstoßen, die oben aufgeführt sind. (Pkt. 5.1.1 bis 5.1.5) - Jedes alternative Produkt ist von der Seite seines Gebrauchswertes her zu betrachten: Es muß für das Lebensbedürfnis des einzelnen Menschen notwendig sein. Es muß den gesellschaftlichen Bedürfnissen entsprechen.	- Die Eigenschaften der Produkte sind prinzipiell unwichtig, wenn die Produkte nur einen ausreichenden, gesicherten Gewinn erzeugen oder einen gewinnbringenden Tauschwert darstellen. Dies ist in besonderem Maße bei Rüstungsprodukten der Fall.

3. STRATEGIEN ZUR DURCHSETZUNG

Durchsetzung durch Alternative Fertigung	Verhinderung durch Unternehmer
<i>Information und Motivation</i> Alle Kollegen aus den verschiedenen Arbeitsbereichen und hierarchischen Ebenen müssen über die alternative Produktion informiert werden, um das Bild der Alternativen Fertigung als Randgruppe zu beseitigen und die Kollegen zu motivieren, im Arbeitskreis mitzuarbeiten, so daß eine breite Basis entsteht, die die Druckmöglichkeit gegenüber der Geschäftsführung erhöht. <i>Maßnahmen</i> Mit Kollegen aller Bereiche muß die Diskussion gesucht werden, die auch politische und wirtschaftspolitische Punkte anspricht. Ein Ziel ist es, Betroffenheit zu erzeugen. Es sollten aufsehenerregende Aktionen gestartet werden, um die Diskussionen zu verstärken, z.B. ein Schild "sozialschädlich" an alle Rüstungsgüter hängen.	- Mit allen Mitteln soll verhindert werden, daß die Macht der Ideen der Alternativen Fertigung in die Köpfe der Beschäftigten gelangt, was die hierarchische Ordnung und damit die Unternehmersmacht infrage stellen würde.

Durchsetzung durch Alternative Fertigung	Verhinderung durch Unternehmer
<i>Produktvorschlag</i> Ein alternatives Produkt, von allen Seiten abgesichert, soll dem Unternehmer vorgeschlagen werden. Gleichzeitig soll dieses Produkt mit allen Argumenten der Öffentlichkeit vorgestellt und versucht werden, politische Unterstützung (regional und überregional) zu erhalten. <i>Maßnahmen</i> Es muß Kontakt aufgenommen und ständig gehalten werden mit regionalen und überregionalen Organisationen und Gruppen wie Gewerkschaft, Kirche, Regierung (Senat), Arbeitsloseninitiativen. <i>Prüfung des Produktumfeldes</i> Alternative Produkte sollen nicht nur von der technischen Idee her vorgeschlagen werden, sondern es soll auch das wirtschaftliche und marktpolitische Umfeld untersucht werden: Marktchancen Entwicklungskosten Vertriebskosten Folgekosten.	Es wird ein alternatives Produkt gebaut, an dem nachgewiesen werden kann, daß die Ziele der Alternativen Fertigung nicht erreichbar sind. Es werden entsprechende Bereiche innerhalb des Unternehmens gebildet (z.B. bei MBB: ZE und ZN), die all dies Wissen parat haben (oder dies vorgeben) und die Ideen der Alternativen Fertigung in der Art eines Vorschlagswesens aufsaugen.

Durchsetzung durch Alternative Fertigung	Verhinderung durch Unternehmer
<i>Maßnahmen</i> Mitarbeiter aus den entsprechenden Bereichen der Firma wie Wirtschaft, Vertrieb, Logistik müssen gezielt angesprochen und zur Mitarbeit motiviert werden. Es sollte untersucht werden, warum Produkte, die im Unternehmen schon als Prototypen existieren, nicht marktreif geworden sind. Die Marktchancen und -anteile ähnlicher schon auf dem Markt befindlicher Produkte sollten überprüft werden. <i>Angepaßte Produktvorschläge</i> Die derzeitige Produktpalette muß analysiert werden, und es sind darauf aufbauende und weitergehende Produktvorschläge zu entwickeln. Bei Ablehnung durch die Geschäftsführung kann dieser Vorgang mit verstärkter Argumentation publik gemacht werden, innerhalb und außerhalb der Firma.	Entsprechend o.a. Argumentation soll dieses mit allen Mitteln verhindert werden.

ANHANG

A. DOKUMENTE DES ARBEITSKREISES BEI VFW/MBB BREMEN

1. Konzept für die Einrichtung eines Arbeitskreises
Alternative Fertigung
2. Flugblatt: Entlassungen oder Alternative Fertigung?
3. Grundsatzerklärung
4. Kurzfassung der Ergebnisse der Belegschaftsbefragung
5. Produktideen
 - 5.1 Liste der Produktvorschläge der Kollegen von VFW/MBB Bremen
 - 5.2 VK-Arbeitskreis Alternative Fertigung
Zwischenbericht der Arbeitsgruppe "Verkehrs -
technik"
 - 5.3 VK-Arbeitskreis Alternative Fertigung
Zwischenbericht der Arbeitsgruppe "Energie"
 - 5.4 VK-Arbeitskreis Alternative Fertigung
Zwischenbericht der Arbeitsgruppe "Eisenbahn-
Beladesystem" in der Arbeitsgruppe Verkehrs -
und Transporttechnik
6. Zur Produktpalette von VFW/MBB
7. Antrag an den Gewerkschaftstag der IG Metall 1983
8. Auszüge aus den Beschlüssen der IG Metall 1983

B. BRITISCHE ERFAHRUNGEN

1. Erfahrungen der Gewerkschafter bei Lucas Aerospace
2. Alternative Regionalpolitik in London

C. LITERATURHINWEISE

für die Einrichtung und für die spätere Arbeit eines Arbeitskreises
"Alternative Fertigung" durch den IGM-Vertrauenskörper bei VFW Bremen

1. Gründe für die Einrichtung des Arbeitskreises

Ein Abbau der Arbeitsplätze um 10 % in den nächsten 3 Jahren ist von MBB angekündigt worden. Dies wird nicht durch Rationalisierungsmaßnahmen verursacht, sondern soll allein die Gemeinkosten senken. Das bedeutet also eine reine Leistungsverdichtung für alle verbleibenden Arbeitnehmer. Vorgesehene Rationalisierungen werden daher weitere Arbeitsplätze kosten, ebenso eine zu erwartende geringere Steigerung des Airbus-Programmes. Beim Airbus A 320 soll der deutsche Anteil von 37 % auf 20 % gesenkt werden. Das wird sogar zu einem erheblichen Einbruch bei den Arbeitsplätzen führen.

Bremen könnte bei diesem Abbau von Arbeitsplätzen besonders stark betroffen sein, da im Fusionspapier von Nov. 1980 nur für Bremen keinerlei Zusicherung über Arbeitspakete gemacht wurde.

Ein Programm für andere Produktionen ist auf der anderen Seite nicht zu erkennen. Hier tut sich der auch sehr stark gefährdete Unternehmensbereich Marine- und Sondertechnik (UM) bisher schwer.

Die Situation im Rüstungsbereich ist auf lange Sicht noch schlechter. Das MRCA-Programm (Tornado) wird gestreckt, möglicherweise verkürzt wie das System Roland, ein Nachfolgeauftrag für ein TKF (Tieffliegendes Kampf-Flugzeug) wird immer unwahrscheinlicher. Die Finanzlage des Bundes wird im UM-Bereich wesentlich weniger Aufträge bringen als bisher.

Daran ist zu erkennen, daß Rüstungsaufträge Arbeitsplätze gar nicht sichern können. Das Gegenteil trifft hier zu. Zur Verringerung der Abhängigkeit von Rüstungsaufträgen und zur Überwindung der Beschäftigungslücken im zivilen Bereich müssen neue Produktionen begonnen werden. Hierzu sollten wir als Arbeitnehmer einen Beitrag leisten, wie dies Kolleginnen und Kollegen bei "Lucas Aerospace", "Blohm und Voss" und bei "Krupp MAK Kiel" schon begonnen haben. Ein Arbeitskreis sollte der Geschäftsführung 'andere Produktionen' = 'alternative Fertigung' vorschlagen. Es geht um unsere Arbeitsplätze!

2. Vorgehensweise des Arbeitskreises

- 2.1 Die Geschäftsführung (GF) ist behutsam über die Schiene Betriebsrat und VK-Leitung anzusprechen. Behutsam, da erhebliche Einwände und Widerstände der GF nicht auszuschließen sind.
- 2.2 Die IGM-Bezirksleitung Hamburg und unsere Ortsverwaltung Bremen sind gleichzeitig einzuschalten.
- 2.3 Die Kolleginnen und Kollegen in unserem Betrieb müssen mobilisiert werden.
- 2.4 Öffentliche Institutionen (Arbeiter-, Angestelltenkammer, Parteien, Kirchen, Presse) müssen informiert werden.

- 2.5 Von denen, die an "alternativer Fertigung" schon arbeiten, sind Erfahrungen und auch Vorschläge zu erbitten.
- 2.6 Zur Prüfung dieser Vorschläge, zur Erstellung eigener Produktideen, deren Ausarbeitung bzw. wirtschaftlichen Betrachtung sind jeweils Arbeitsgruppen zu bilden (Also 3).
- 2.7 Auf die Geschäftsführung ist Einfluß zu nehmen, vorgeschlagene Produktionen auch zu verwirklichen.

3. Organisation

- 3.1 Der Arbeitskreis "Alternative Fertigung" ist ein Instrument der IGM-Vertrauensleute bei VFW/Bremen.
- 3.2 Mit unserer Gewerkschaft, evtl. auch nahestehenden Institutionen, ist die Frage der Finanzierung der Aktivitäten zu klären.
- 3.3 Es wird eine Koordinations- und Organisationsgruppe, bestehend aus 5 bis 7 Beteiligten, aus dem Arbeitskreis heraus gebildet.
- 3.4 Die Mitwirkung in diesem Arbeitskreis ist für alle Kolleginnen und Kollegen von VFW-Bremen möglich.

4. Politische Dimension

Sie ist sicherlich eine der Antriebsfedern für die Einrichtung des Arbeitskreises, nicht aber der Anlaß dazu. Sie ist außerdem keine Argumentationshilfe gegenüber der Geschäftsführung.

Zielrichtung ist vordergründig, die Abhängigkeit von Rüstungsaufträgen zu verringern. Die Frage einer Abrüstung kann nur in einem übergeordneten und langfristigen Rahmen betrachtet werden.

Der Inhalt des Konzeptes wurde nach einem Bildungsurlaubs-Seminar von einer Gruppe der Teilnehmer und von Kolleginnen und Kollegen des IGM-Bildungs-Arbeitskreises bei VFW-Bremen in zwei Vorbereitungsrunden zusammengestellt.

Text: Jörg Fischer.

- Literatur:
- Bund Deutscher Pfadfinder im Bund demokratischer Jugend, Landesverband Hessen (Hrsg.), Statt Waffen - nützliche Dinge, Frankfurt 1980
 - Cooley Mike, Produktion für gesellschaftliche Bedürfnisse. Das Modell Lucas Aerospace, in: Technologie und Politik 15, herausgegeben von Freimuth Duwe, Reinbeck bei Hamburg 1980
 - Hoffschmid, Jörg, Für den Frieden produzieren. Alternativen zur Kriegsproduktion, Köln 1981
 - Löw-Beer, Peter, Industrie und Glück. Der Alternativplan von Lucas-Aerospace, Berlin 1981

Hinweis:

Der Kollege Mike Cooley - der Sprecher des Arbeitskreises "Alternative Fertigung" bei Lucas Aerospace war - wird in Bremen einen Vortrag (in deutsch) halten: Am Freitag, 23. April 1982 in der evangelischen Zionsgemeinde in Bremen, Kornstr. 31.



Vk-Arbeitskreis Alternative Fertigung

A 2
MBB | **VFW**
BREMEN

ENTLASSUNGEN oder ALTERNATIVE FERTIGUNG?
UND WAS TUT IHR???

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Am 1. Dezember tagt der Aufsichtsrat von VFW, um über massive Entlassungen zu beschließen, die nach dem Willen der Geschäftsleitung Anfang des Jahres '83 beginnen sollen. Das, was uns bevorsteht, wieviele die Firma verlassen sollen, das hat uns der Betriebsrat mit der BR-Info Nr. 8/82 offengelegt:

758 von uns.

Einen Arbeitsplatz werden nur sehr wenige wieder bekommen.
Und noch ist kein Ende abzusehen:

- o Rationalisierungen,
- o TORNADO-Produktionsauslauf,
- o wie geht es in der Marine/Sondertechnik (UM) weiter?

Es werden also noch mehr von uns auf die Straße gesetzt.

2 Millionen sind jetzt arbeitslos und täglich sollen es nach eisernen "Sachzwängen" aller Geschäftsführungen mehr werden. Mit von uns geschaffenen Werten und Subventionen wird

rationalisiert und dann gefeuert.

Das kann nicht mehr so weitergehen!!!

Kämpfen wir nicht nur gegen Entlassungen,
sondern auch für die Aufnahme von
"Alternativen Produkten" in Entwicklung
und Fertigung !!!

Der Arbeitskreis ist der Auffassung, daß:

- a) es benötigte und verkaufbare Produkte wie z.B. Solar- und Windenergieanlagen gibt, die wir herstellen können.
- b) es volkswirtschaftlich billiger ist, Produkte ohne Gewinn für den Unternehmer zu produzieren, als 2, 3, 4 ... Millionen Arbeitslose zu finanzieren, bzw. dies bald nicht mehr zu können.

Der Arbeitskreis "Alternative Fertigung" sucht nach neuen Produkten, die bei uns hergestellt und die verkauft werden können.

Zivile Produkte für militärische Aufträge (Rüstung) braucht man nachgewiesenermaßen bei gleicher Auftragssumme nur etwa 60 % der Arbeitsplätze.

Sinnvolle und nützliche Produkte, die dringend benötigt werden und nicht weitere Arbeitsplätze vernichten.

Weiterhin fordern wir bei der Herstellung der Produkte humane Arbeitsbedingungen.

Der Arbeitskreis "Alternative Fertigung" ist von den IG Metall-Vertrauensleuten gegründet worden. Es können jedoch alle VFW- und ERNO-Arbeitnehmer mitwirken.

Wir sind in diesem Arbeitskreis etwa 100 Arbeiter, Techniker, Kaufleute und Ingenieure - Gewerkschafter und Nichtgewerkschafter. Und wir sind noch nicht genug.

Je mehr mitarbeiten, desto mehr Ideen und Gedanken kommen zusammen. In unseren Arbeitsgruppen:

- o Umweltschutztechnik
- o Energietechnik
- o Verkehrs- und Transporttechnik
- o Medizinische Geräte
- o Informatik
- o Meerestechnik
- o Arbeitsschutztechnik

gibt es sehr viel Interessantes zu tun.

Deswegen, Kolleginnen und Kollegen:

Macht mit bei unserem Arbeitskreis
"Alternative Fertigung".

Unternehmt damit etwas gegen eine
drohende Entlassung!!!

Wir sind nicht allein, wenn wir uns wehren! Auch in Hamburg arbeitet ein Arbeitskreis mit demselben Ziel bei BLOHM & VOSS, auch bei KRUPP MaK in Kiel.

Bremer Kollegen haben auf Initiative der Werft-Kollegen gerade die Bürgerinitiative zur Rettung der Arbeitsplätze gegründet.

Erzeugen wir politischen Druck zur R E T T U N G unserer Arbeitsplätze!!!

- Vertrauenskörperleitung -


(Grottkke)


(Fischer)

Sagt uns bitte Bescheid, daß Ihr mitmacht. Schickt den anhängenden Zettel an den Arbeitskreis, per Adresse BETRIEBSRAT VFW, Bremen.

PS:

Wir tagen übrigens im Betriebsratssitzungszimmer in unserer Freizeit, in der Regel ab 16.00 Uhr.

Die Termine stehen am "Schwarzen Brett" bzw. erfragt sie bei Euren Vertrauensleuten.

=====  =====
An den Arbeitskreis "Alternative Fertigung" per Adresse Betriebsrat VFW, Bremen

Ich will im Arbeitskreis mitmachen:

Name: Abt.: Tel./Betr.:

Private Anschrift:

Mein Schwerpunktthema und meine Mitarbeit wird in der Arbeitsgruppe
..... sein.

Bremen, November 1982



Vk-Arbeitskreis Alternative Fertigung

A 3
MBB VFW

BREMEN

GRUNDSATZERKLÄRUNG

des Arbeitskreises "Alternative Fertigung" der IG-Metall Vertrauensleute bei VFW-Bremen

Der Arbeitskreis "Alternative Fertigung" wurde von IG Metall-Vertrauensleuten und IG Metall-Betriebsräten gegründet. In ihm können alle Kolleginnen und Kollegen von VFW-Bremen mitarbeiten. Ziel des Arbeitskreises ist es, Entwicklung und Fertigung des Betriebes von Rüstungsproduktion weitestgehend unabhängig und damit die Arbeitsplätze sicherer zu machen. Dies hat folgende Gründe und Ursachen:

Der ansteigende Arbeitsplatzabbau - durch die Fusion von VFW und MBB noch verstärkt - bewirkt eine zunehmende Angst der Kolleginnen und Kollegen um ihren Arbeitsplatz.

Die Produktion des MRCA (Tornado) läuft ab Mitte 83 bis 87 aus; d.h., daß in diesem Zeitraum ca. 50 % der Kolleginnen und Kollegen ihren Arbeitsplatz verlieren werden.

Im Airbusgeschäft gibt es Absatzschwierigkeiten. Der Hochlauf findet nicht statt, anstelle der geplanten 8 Maschinen pro Monat sollen nur 5 Maschinen pro Monat gebaut werden. Gleichzeitig finden unaufhörlich Rationalisierungsmaßnahmen statt: Einführung modernster Fertigungsverfahren, Verwaltungssysteme und Entwicklungsmethoden (Bildschirmarbeitsplätze und Schichtarbeit). Dadurch sollen 1982-84 1.011 Kolleginnen und Kollegen in Bremen ihren Arbeitsplatz verlieren.

Bedingt durch diese Situation glauben einige Kollegen, daß die Entlassungen durch zusätzliche Rüstungsaufträge abgewendet werden können. "Rüstung schafft Arbeitsplätze" heißt die simple Parole. Es ist aber erwiesen, daß durch Rüstungsproduktion mehr Arbeitsplätze gefährdet und zerstört, als neue geschaffen werden. Darüber gibt es Untersuchungen. So kommt u.a. eine Studie in den USA zu dem Ergebnis, daß mit 1 Mrd. US-Dollars jeweils an Arbeitsplätzen geschaffen werden:

Rüstung	35.000
Öffentl. Dienst	132.000
Bildungswesen	100.000
Gesundheitsw.	77.000
Bauwesen	70.000

Zusätzlich gefährdet Rüstungsproduktion Arbeitsplätze im zivilen Bereich, da durch Rüstung Finanzmittel gebunden werden, die für notwendige Produkte im zivilen Bereich nicht mehr zur Verfügung stehen. Arbeitsplätze werden im Rüstungsbereich auch durch stärkere Rationalisierungen vernichtet. Neben der finanziellen Frage werden die Arbeitsplätze durch politische Entscheidungen, wie z.B. Vereinheitlichung von Waffensystemen, gefährdet. Staatliche Rüstungsausgaben wirken sich zwangsläufig - und aktuell besonders deutlich - zu Lastender Sozialausgaben aus.

Rüstung verschlingt große Mengen wertvoller Rohstoffe, Energien, anderer materieller Reserven und menschlicher Fähigkeiten, die der friedlichen Nutzung entzogen werden. Auch beim Rüstungsexport sind Arbeitsplätze unsicher, wie die Lieferstops bei kriegerischen Ereignissen und Umstürzen zeigen. Es kann uns als Arbeitnehmer auch nicht gleichgültig sein, wenn bei uns produzierte Waffen in den Empfängerländern zur Unterdrückung der Bevölkerung, der Kollegen und der Gewerkschafter benutzt werden. Rüstungsexport hintertreibt zudem unsere Bemühungen um Abrüstung und Frieden.

Darüber hinaus fördert ein hohes Rüstungsniveau die Möglichkeit und Bereitschaft, soziale und politische Konflikte mit Waffengewalt zu lösen.

Aus diesen Gründen wendet sich der Arbeitskreis "Alternative Fertigung" von VFW gegen eine Festschreibung und Ausweitung der Rüstungsproduktion. Mit unserer Arbeit wollen wir nachweisen, daß es genügend Produkte im zivilen Bereich gibt, die wir bei uns herstellen können, ohne daß es zu Nachteilen wie Dequalifizierung und Lohn- und Arbeitsplatzverlust kommt. Dabei wollen wir die konkreten Produktionsmöglichkeiten bei VFW berücksichtigen.

Wir wollen für den Menschen sinnvollere und nützlichere Produkte herstellen. Zu diesem Zweck haben wir Arbeitsgruppen gebildet, die sich mit folgenden Themen befassen:

- Energietechnik
- Umwelttechnik
- Meerestechnik
- Medizinische Geräte
- Verkehrs- und Transporttechnik
- Informatik
- Unfallschutztechnik.

In diesen Arbeitsgruppen wollen wir Produktvorschläge erarbeiten, die gesellschaftlich sinnvoll sind. Dazu gehört auch die Entwicklung von Methoden, mit denen diese Produkte hergestellt werden, d.h. Methoden zur Verbesserung unserer Arbeitsbedingungen.

Wir fordern öffentliche Aufträge im Rahmen eines Beschäftigungsprogrammes und die Umschichtung von Rüstungsaufgaben zugunsten ziviler Produkte. Zur Durchsetzung unserer Ideen und Vorschläge brauchen wir die Unterstützung der Öffentlichkeit und aller Kolleginnen und Kollegen im Betrieb, um Druck auf die Geschäftsführung auszuüben. Wichtig ist zudem die reibungslose Zusammenarbeit zwischen Betriebsrat, Vertrauensleuten und dem Arbeitskreis.

Die Geschäftsführung zeigt bisher ein sehr geringes Interesse an unserer Arbeit. Um unsere Situation in Bremen langfristig positiv zu verändern, ist es aber notwendig, die Geschäftsführung dazu zu bringen, sich unseren Vorstellungen anzuschließen.

Eine besondere Bedeutung kommt den Gewerkschaften zu; denn der Deutsche Gewerkschaftsbund hat sich immer zu antimilitaristischen und friedenspolitischen Zielen bekannt. Die Aufgabe der Gewerkschaften ist es daher, auf der einen Seite zur Entspannung und Abrüstung beizutragen, und auf der anderen Seite die Sicherheit der Arbeitsplätze der direkt betroffenen Kolleginnen und Kollegen in der Rüstungsindustrie zu beachten. Die Arbeitsplatzsicherung und die Wiederbeschäftigung der arbeitslosen Kolleginnen und Kollegen bekommt vor dem Hintergrund von ca. 2 Mio. Arbeitslosen (mit steigender Tendenz) einen zentralen Stellenwert in der gewerkschaftlichen Politik.

„Alternative Fertigung“ – Ergebnisse der Befragung des Arbeitskreises des Vertrauensleutekörpers MBB/VFW Bremen

Hiermit legen wir eine Kurzfassung des Ergebnisses der Befragung vom Dezember/Januar vor. Das detaillierte Ergebnis mit Erläuterungen liegt der Vertrauensleutekörper-Leitung der IGM und dem Betriebsrat vor und kann dort eingesehen bzw. in begrenzter Zahl zur Verfügung gestellt werden.

1. Struktur der Antwortenden / Welcher Personenkreis hat geantwortet?

Von den ca. 3 200 verteilten Fragebögen haben insgesamt 400 Kolleginnen und Kollegen ihre Fragebögen ausgefüllt zurückgegeben. Das ist zwar nur ein Rücklauf von 12,5 %, doch erhält die Befragung ihre Bedeutung durch eindeutige Ergebnisse und die Äußerung der unterschiedlichen Gruppen im Betrieb.

Von den Antworten kommen:

- 46 % aus der Produktion, 32 % aus der Entwicklung und 22 % aus der Verwaltung
- 46 % von Arbeitern, 32 % von technischen Angestellten und 22 % von kfm. Angestellten
- 69 % von Mitgliedern der IG Metall, 29 % von Unorganisierten und 2 % von Mitgliedern der DAG.

2. Einschätzung der wirtschaftlichen Lage bei VFW/ MBB und des Arbeitsmarktes allgemein

Die Kollegen sehen die Beschäftigungsprobleme sehr deutlich. Die Krise bei VFW/MBB und die schlechte gesamtwirtschaftliche Situation werden von der überwiegenden Mehrheit auch als persönliche Gefährdung begriffen. Nur wenige Kollegen sind ausgesprochen optimistisch:

- nur 2,5 % meinen, bei VFW gebe es im Grunde keine Probleme
- nur 3,5 % halten ihren Arbeitsplatz für ziemlich sicher
- nur 3,2 % glauben, nach ihrem Ausscheiden aus dem Betrieb schnell wieder eine neue Arbeit zu bekommen.

Demgegenüber stehen Äußerungen der überwiegenden Mehrheit, die auf die große Bedrohung hinweisen:

- 90 % sehen eine ernste Krise bei VFW
- 96 % halten ihren Arbeitsplatz im Betrieb nicht mehr für sicher
- (38 % halten ihn sogar für direkt gefährdet)
- 62 % meinen, daß sie nach einem Ausscheiden bei VFW mit einer längeren Arbeitslosigkeit rechnen müssen.

Diese Zahlen machen deutlich, daß es keine Alternative zu dem Kampf um jeden Arbeitsplatz bei VFW gibt.

3. Betroffenheit von den Folgen der Rationalisierung Obwohl die Folgen der Rationalisierung vom Arbeitgeber stets heruntergespielt werden, sind sie für viele Kol-

legen schon hautnah spürbar und werden eindeutig benannt. So haben die meisten Kollegen eine Verschlechterung ihrer Arbeitssituation als Folge von Rationalisierungen zu beklagen (insges. 70 %). Im einzelnen werden genannt (Mehrfachbenennungen waren möglich):

- 44 % insgesamt höhere Belastungen
- 41 % mehr Arbeitshetze
- 31 % verminderte Aufstiegsmöglichkeiten
- 28 % weniger Spielräume in der Arbeit
- 18 % Qualifikationsverluste
- 15 % stärkere Isolation von den Kollegen
- 12 % Versetzung
- 11 % Lohn- oder Gehaltsabbau
- 1 % Schichtarbeit

50 % der befragten Arbeiter verwiesen auf die gestiegene Arbeitshetze, und 28 % der Facharbeiter gaben Qualifikationsverluste an, während immerhin 13 % der Ingenieure Gehaltsabbau hinnehmen mußten.

Eine Verschlechterung des Lohn-Leistungs-Verhältnisses und verringerte Möglichkeiten zur ‚Selbstbestimmung in der Arbeit‘ sind das eindeutige Ergebnis der Befragung.

4. Rüstungsbeschäftigte für sozial nützliche Produkte

Die Beschäftigten des Rüstungsbetriebes VFW würden lieber heute als morgen sozial nützliche Güter statt Kampfbomber herstellen.

- 64 % würden sich für zivile Produkte entscheiden
- 34 % erklären, das Produkt sei ihnen letztlich egal; einige Befragte verweisen aber ausdrücklich darauf, daß es ihnen leider egal sein muß, weil sonst andere die Aufträge bekommen und ihnen Arbeitslosigkeit droht
- nur 2 % arbeiten lieber an militärischen Projekten, weil sie glauben, daß ihre Arbeitsplätze dadurch sicherer sind.

5. Einschätzung des Arbeitskreises „Alternative Fertigung“

Die Befragten begrüßen einhellig, daß der Arbeitskreis „Alternative Fertigung“ der IG Metall-Vertrauensleute sozial nützliche Produktionsvorschläge zur Arbeitsplatzsicherung machen will.

- 93 % beurteilen den Arbeitskreis positiv
- 82 % erklären sich zu seiner Unterstützung bereit und
- 50 % haben ihre Bereitschaft zur Mitarbeit bekundet.

Es kommt darauf an, diese 200 Kollegen als aktive Mitglieder des Arbeitskreises zu gewinnen.
Die Befragung zeigt auch, daß die Kritik an der offensiven Interessenvertretung durch den Betriebsrat nur eine sehr schmale Basis hat: nur 5 % der Befragten wünschen eine zurückhaltendere Betriebsratspolitik, während ein Drittel eher ein noch härteres Auftreten vorschlägt.

6. Vorschläge für eine alternative Fertigung

Von 31 Kolleginnen und Kollegen wurden insgesamt 74 Produktvorschläge gemacht, davon 47 unterschiedliche (Abgasfilter, Solar- und Windenergieanlagen wurden mehrfach erwähnt). Mit den schon im Arbeitskreis diskutierten Ideen liegen jetzt 62 Projekttitel vor, und zwar aus den Bereichen: Verkehrstechnologie (20), Energietechnologie (12), Umweltschutztechnologie (8), zivile Luftfahrt (6), Meerestechnologie (8), Medizintechnik (4) und Sonstiges (4).

Auf der Basis der Befragung und der bisherigen Arbeit in den Arbeitsgruppen hat der Arbeitskreis „Alternative Fertigung“ eine Konzentration auf 3 Schwerpunkte mit folgenden Projekten beschlossen:

AG Verkehrstechnik mit dem Schwerpunktprojekt Luftschiffbau
AG Energietechnik mit dem Schwerpunktprojekt einer kombinierten Wind-, Solar- und Biogasanlage
AG Medizintechnik mit den Schwerpunktprojekten Zahnarztstuhlbeleuchtung und Kiefernrontgengerät.

Alle interessierten Kolleginnen und Kollegen werden gebeten, sich an diesen Arbeitsgruppen und am Arbeitskreis aktiv zu beteiligen. Näheres kann bei allen Vertrauensleuten und Betriebsratskollegen erfragt werden.

7. Zusammenfassung und Perspektiven

Die Reaktion auf die Befragung und mehrere Notizen von Kollegen deuten an, daß das Hauptproblem weniger in der Entwicklung alternativer Produkte, die vom Konzern z.T. schon angeboten wurden oder sogar noch angeboten werden, gesehen wurde als vielmehr in der Durchsetzung einer Produktionsentscheidung im Unternehmen und im Absatz dieser Produkte.

Die Umstellung der Produktion wird jedoch nicht von den betroffenen Belegschaften allein, sondern nur durch das Engagement der Gewerkschaften und der

großen sozialen Bewegungen, durch den Druck der Öffentlichkeit, durchsetzbar sein. In Betrieben und Konzernen sind erweiterte Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten erforderlich, die über die Parität im Aufsichtsrat hinausreichen und z.B. in einem Initiativrecht der Belegschaft bestehen können, für einen bestimmten Umsatzanteil über die konkreten Produkte zu entscheiden.

Eine weitere mögliche Voraussetzung für Produktionsumstellungen können staatliche Beschäftigungsprogramme sein, zu deren Finanzierung nach den Vorschlägen des DGB nicht nur die Reichen, sondern auch der Rüstungshaushalt herangezogen werden sollte.

Bei einer politischen Weichenstellung für Abrüstung wäre die Umwandlung militärischer in zivile Aufträge technologisch kein Problem und könnte in erheblichem Maße sowohl zur besseren Versorgung der Bevölkerung als auch zur Erhöhung der Zahl der Arbeitsplätze führen.

Mit 1 Mrd. DM lassen sich im zivilen Bereich wesentlich mehr Arbeitsplätze schaffen als im militärischen Sektor. Auch die Übernahme von Entwicklungskosten und Finanzhilfen durch den Staat könnten dazu beitragen, einzelnen Produkten große Märkte zu erschließen – schon jetzt gibt es eine ganze Reihe von Initiativen z.B. zum Selbstbau von Windenergieanlagen.

Deshalb fordern die Gewerkschaften vor allem:
einschneidende Arbeitszeitverkürzungen
umfassende Beschäftigungsprogramme zugunsten sinnvoller Produkte
eine Verlagerung von militärischer zu ziviler Produktion.

*Vertrauensleute-Arbeitskreis „Alternative Fertigung“
MBB/VFW*

aus: "kooperation" Nr. 28/29/30
November 1983

Die ausführliche Auswertung ist abgedruckt in:
Edgar Einemann/Edo Lübking: Belegschaftsinitiativen für eine Alternative Produktion, Bremen 1983

Liste der Produktvorschläge der Kollegen von VFW/MBB Bremen

Verkehrstechnologien

- a) Neue Verkehrssysteme
Magnetbahnen, Forsttrecker, Kleinwagen mit Solarantrieb, Straßen-Schienen-Systeme, Kabinentaxen, Rufbussysteme, überdachte Einkaufsfahrräder (Dreiräder)
- b) Antriebssysteme
benzinsparende Turbinen und Motoren, Batterie für elektrische Automotoren, Elektromotor als Brems- und Beschleunigungshilfe
- c) Zusatzsysteme
Autofahrer-Warnanlagen, Fi-xo-Systeme (Hydraulik-Hebebühnen), Umladesysteme
- d) Steuerungssysteme
Verkehrsstudien, EDV-Einsatz
- e) Konventionelle Produkte
Wechselcontainer für Pick-up-Fahrzeuge, Container für Schiffe, PKW-Anhänger, Wohnmobile, Sportboote, PKW-Kotflügel aus Aluminium

Umweltschutztechnologien

Abgasfilter, Analysegerät für schnelle Bodenproben, Meßanlagen für Umweltschutztechnik, Luftgütemeßnetz, Recycling-Anlagen, Wasserleitung zur Doppelnutzung von Trinkwasser

Meerestechnologie

Unterwassergerät für den Meeresbergbau, ferngelenkte Roboter für Unterwasserarbeiten, Schiffssimulatoren, Halbtaucher, Druck- und Auftauchsysteme, Aufbereitung von Oberflächenwasser, Meerwasserentsalzungsanlagen

Sonstige Vorschläge

Parabolantennen, Kranbau, Karussellbau

Energietechnologien

Solartechnologie, Biogasanlagen, Windenergieanlagen, Optimierung von Kleinwindanlagen, gasgetriebene Wärmepumpe, Antrieb eines Kleinwagens, Solargeneratoren zur Übernahme der Warmwasserbereitung im Sommer, Fernwärmesysteme, Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen, Speicherung und Transfer von Energie/Wärme, Energierückgewinnungsanlagen, Wärmetauscher im Wassersystem, Energieberatung, energiesparende und umweltschonende Antriebssysteme

Zivile Luftfahrt

Airbus, VFW 614 für den Rettungs- und Nahverkehr, Wasserflugzeuge, Luftschiffe

Medizintechnik

Meßgeräte für die Medizintechnik, Insulin-Dosiergerät, Kiefer-Röntgengerät, Zahnarztstuhl-Beleuchtungssystem, Dialysegeräte

Bremen, Februar 1983



Vk-Arbeitskreis Alternative Fertigung

MBB

A 5.2

BREMEN

ZWISCHENBERICHT DER ARBEITSGRUPPE "VERKEHRSTECHNIK"

Angeregt durch neue Diskussionen über die Verwendbarkeit von Luftschiffen und Konkretisierung durch die SLTA (Systemtechnik Luftschiffbau, Technologie und Anwendungsbereiche) befassen wir uns in der Arbeitsgruppe Verkehrstechnik des Arbeitskreises "Alternative Fertigung" mit dem Luftschiff.

Unter Luftschiffen verstehen wir nicht die heutigen Werbeblaufschiffe, die im Prinzip nur aus einer aufgeblasenen Stoffhülle bestehen, sondern Starrluftschiffe, die nach dem Zeppelin-Prinzip (verkleidetes, stromlinienförmiges Metallgerippe) aufgebaut sind. Der Grund hierfür ist die weitaus größere Leistungsfähigkeit der Starrluftschiffe.

Die Themen, die von uns untersucht wurden:

- Warum Luftschiffe?
- Anwendungsbereiche für Luftschiffe
- Entwicklung und Produktion
- Finanzierung

1) Warum Luftschiffe?

- Luftschiffe haben in den dreißiger Jahren ihre Wirtschaftlichkeit und Zuverlässigkeit bei einer damals hohen Reisegeschwindigkeit unter Beweis gestellt.

1940 wurde die Produktion der Luftschiffe aus politischen Gründen eingestellt und wurde nach dem Krieg nicht wieder neu aufgenommen.

- Aufgrund der höheren Fluggeschwindigkeit können Flugzeuge in gleicher Zeit mehr Nutzlast befördern als Luftschiffe, wobei der Treibstoffverbrauch aber auch erheblich höher ist. Im Zuge der steigenden Treibstoffpreise und der knapper werdenden Rohölvorkommen ist es für die Zukunft auch wirtschaftlich sinnvoll, das langsamere Transportmittel "Zeppelin" zu verwenden.
- Luftschiffe benötigen wegen ihrer Gasfüllung mit unbrennbarem Helium lediglich zum Vortrieb Energie. Sie wird erzeugt durch umweltfreundliche, sparsame, geräusch- und vibrationsarme Motoren geringer Leistung.
- Senkrechte Starts und Landungen erfordern keine Landepiste; Boden- bzw. Seeverankerungsstellen genügen. Im Schwebезustand kann wie beim Hubschrauber ohne Verankerung Ladung aufgenommen bzw. abgegeben werden.
- Die Frachtkapazität ist nahezu unbegrenzt. Anders als beim Hubschrauber können auch sperrige Güter geladen werden.
- Hinsichtlich Geräumigkeit, Fahrtruhe und Sicht genießen Passagiere einen ähnlich hohen Komfort wie bei Schiffen.

2) Anwendungsbereiche für Luftschiffe

- Patrouillendienste (Küstenüberwachung, Umweltschutzdienste, Seenotrettung)
- Expeditionsfahrten (Meeres- und Polarforschung)
- Frachtbeförderung (Sperrige Güter/ vorgefertigte Baugruppen/auch im unwegsamen Gelände)

- Kreuzfahrten (wie heute mit Seeschiffen)
- Notrettungsdienste (Versorgung von Katastrophengebieten, Hospitalschiff)
- Linienverkehr (Fracht u./o. Passagiere)

3) Entwicklung und Produktion

Als ersten Schritt kann ein Kleinluftschiff (Prototyp) entwickelt und gebaut werden, das als Patrouillenschiff im Küstenschutz an der norddeutschen Küste eingesetzt werden kann.

Im Rahmen von Weiterentwicklungen wäre es dann möglich, auch Luftschiffe mit der Nutzlast eines Jumbos (Boeing 747) zu entwickeln und zu bauen.

Für die Produktion von Luftschiffen werden qualifizierte Flugzeugbauer und Techniker gebraucht, wie sie beim MBB/VFW in Bremen im Bereich UT bereits vorhanden sind.

4) Finanzierung

Um zunächst mit der Entwicklung eines Prototypen beginnen zu können, sind finanzielle Unterstützungen des Bundes und der Länder - die gleichzeitig auch Benutzer sein würden - erforderlich.

Im einzelnen:

- Küstenschutz) Bundesministerium, Bundesverkehrsministerium
- Umweltschutz) und für Umweltschutz zuständige Landesministerien
- BGS / Zoll) und -behörden.

Allgemeine Anwendungen Bundesministerium für Forschung und Technologie

Falls Sie sich für das Thema: "LUFTSCHIFF" interessieren, wenden Sie sich bitte an:
Bremen, August 1983

Udo FACH, Tel 2767

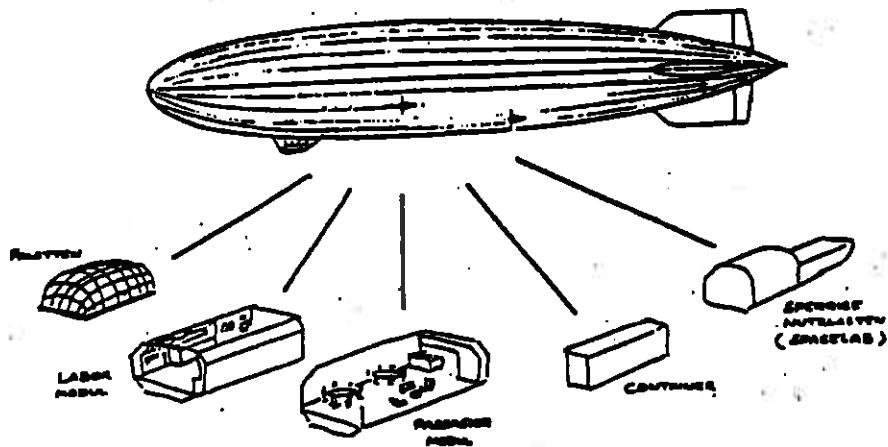


Bild 1: Luftschiff als vielseitiges modulares Trägersystem

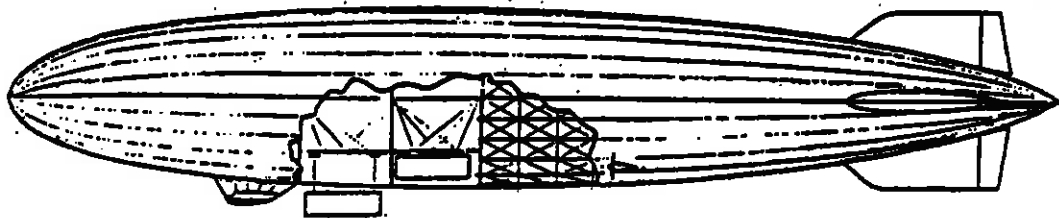


Bild 2: Nutzlastaufnahme und Lastverteilung

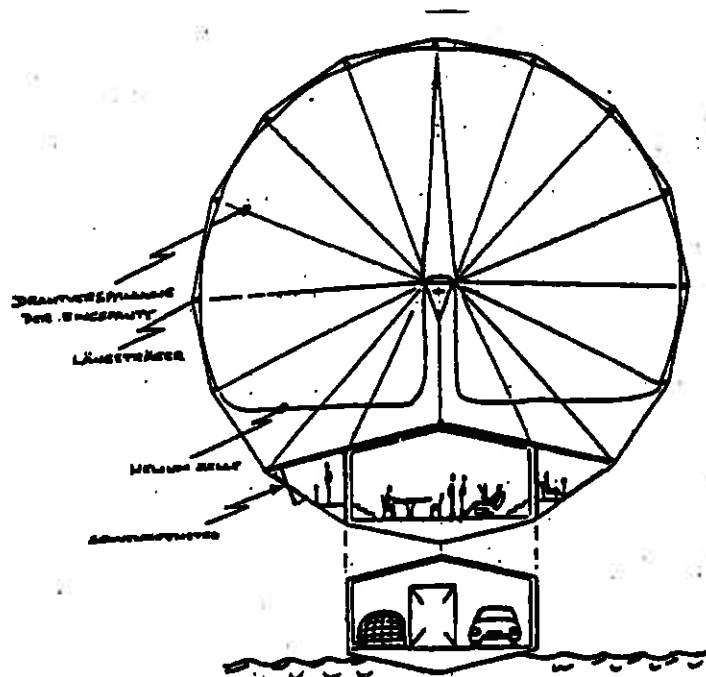


Bild 3: Querschnitt mit auswechselbaren modularen, schwimmfähigen Einheiten



Vk-Arbeitskreis Alternative Fertigung

A 5.3

MBB

BREMEN

ZWISCHENBERICHT DER ARBEITSGRUPPE "E N E R G I E"

(Stand: Juni 1983)

Der Arbeitskreis hat sich bis heute auf einige Produkte konzentriert, zu denen im Hause MBB/VFW/ERNO bereits eigene Ideen und Überlegungen angestellt wurden. Des weiteren wird z. Z. an der Entwicklung einer eigenen Windenergieanlage gearbeitet. Die Erstellung eines Modells ist abgeschlossen. Die Erprobung dieses Modells wird z. Z. durchgeführt.

Ausschlaggebend dafür daß wir uns heute für die wirtschaftliche Verwertung der im eigenen Hause entwickelten Produkte einsetzen, ist die Tatsache, daß die Entwicklungen größtenteils mit öffentlichen Geldern erfolgt sind. Für uns ist es unverständlich, daß durch die Unterlassung der wirtschaftlichen Verwertung dieser Produkte

- Arbeitsplätze nicht geschaffen oder gesichert
- möglicher Gewinn nicht erwirtschaftet
- mit Steuergeldern geschaffener, technischer Fortschritt der Allgemeinheit vorenthalten wird.

Die von uns vorgeschlagenen Produkte lassen sich in folgende Produktlinien einteilen:

- O ENERGIEERZEUGUNG
- O ENERGIESPEICHERUNG
- O ENERGIETRANSPORT

Wir gehen davon aus, daß durch eine sinnvolle Verknüpfung - abgestimmt auf den individuellen Anwendungsfall - von einer eigenständigen Firma sowohl für den öffentlichen und den industriellen Bedarf als auch für private Anwender eine attraktive Produktpalette vorhanden ist.

Unsere Überlegungen gehen dahin, die von der Firma ERNO im Jahre 1979 gegründete Firma "ERNO Energietechnik GmbH" neu zu beleben. Angegliedert und unterstützt durch die am Standort Bremen befindlichen Möglichkeiten, insbesondere die fertigungstechnischen Möglichkeiten von MBB-Bremen, könnte in kürzester Zeit eine am Markt operierende Firma aufgebaut werden.

Die Grundlagen, die Ideen, das "Gewußt wie", Muster und Prototypen sind größtenteils vorhanden oder können problemlos in kürzester Frist erstellt werden.

Die einzige Schwierigkeit, die von uns nicht übersehen wird, ist das offensichtliche "Nicht wollen" und "Kein Risiko eingehen" - Denken unserer Firmenleitung. Dies wollen wir offenlegen und dadurch die Diskussion um solche Überlegungen neu beginnen.

Nun zu den von uns konkret geprüften und vorzuschlagenden Produkten und -linien.

1. Bereich Energieerzeugung

- 1.1 Windenergieanlagen größer 1MW
- 1.2 Solarkollektoranlagen
- 1.3 Solarzellenanlagen
- 1.4 Biogasanlagen
- 1.5 Wärmekraftkoppelanlagen
- 1.6 Wasserstofferzeugungsanlagen
- 1.7 Anlagenberatung für Energieerzeugungsanlagen

2. Bereich Energiespeicherung

- 2.1 Hybridwärmespeicher
- 2.2 Gasspeicher
- 2.3 Wasserstoffspeicher
- 2.4 Anlagenberatung für Energiespeichersysteme

3. Bereich Energietransport

- 3.1 Transportable Wasserstoffspeicher
- 3.2 " Wärmespeicher
- 3.3 Fernwärmeleitungen
- 3.4 Fernkälteleitungen
- 3.5 Anlagenberatung für Energietransportsysteme

Wie man aus der Auflistung erkennen kann, ergeben sich aus diesen Produkten sowohl regionale als auch überregionale Anwendungsbereiche. Insbesondere für den überregionalen Anwendungsfall bieten sich nach unserer Auffassung hervorragende Marktmöglichkeiten, auch als Projektführer.

Wir sind der Auffassung, daß unter Ausnutzung aller Möglichkeiten und des vollen aktiven Einsatzes einer am Projekt interessierten Firmenleitung, innerhalb von 1-2 Jahren aus diesen Aktivitäten eine ähnliche, gewinnbringende Firma entstehen kann.

- Arbeitskreis "Alternative Fertigung der IGM bei MBB-Standort Bremen" -



Vk-Arbeitskreis Alternative Fertigung

MBB

BREMEN

ZWISCHENBERICHT DER ARBEITSGRUPPE "ENERGIE"

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die Arbeitsgruppe "ENERGIE" möchte über weitere Aktivitäten berichten.

Wie aus dem letzten Zwischenbericht zu ersehen ist, sind im Unternehmen MBB viele Produkte im Bereich Energieerzeugung, Energiespeicherung und Energietransporte entwickelt und gefertigt worden. Bis zum heutigen Tage ist aber nicht nachzuvollziehen, warum diese Produkte nicht vermarktet wurden.

In Kenntnis dieses Sachverhaltes übergaben wir der Geschäftsführung folgende Fragen:

1. Ist die ERNO Energietechnik GmbH noch existent?
2. Warum werden die im Gesamtunternehmen MBB entwickelten Projekte auf dem Energiesektor nicht von dieser Energietochter zentral vermarktet?
3. Ist MBB bereit, diese Produkte interessierten Unternehmen zugänglich zu machen und diese Produkte gemeinsam zu vermarkten?
4. Wie stellt sich MBB vor, interessierte Firmen über das Vorhandensein vermarktungsfähiger Produkte zu informieren?
5. Wem sind die Ergebnisse dieser Forschung zugänglich?

Mit Erstaunen mußten wir feststellen, daß die ersten zwei Fragen vom Personalchef der ERNO beantwortet wurden. In dem Schreiben führt dieser aus: "Die Arbeiten im Energiebereich wurden eingestellt. Der Firmenanteil ist an MBB veräußert und dem Unternehmensbereich UD angehängt worden. Er hat als primären Arbeitsgegenstand "Faserverbundene Werkstoffe."

Es ist nicht negativ, wenn der Firmenanteil an MBB veräußert wurde. Nur was geschieht mit den im Energiebereich entwickelten und gefertigten Produkten? Diese Aufgaben wurden letztendlich mit öffentlichen Mitteln finanziert und müssen weitergeführt und vermarktet werden. Im übrigen sind unsere Fragen an die Geschäftsführung gerichtet und sie sollte sie beantworten.

Seite -2-

Positive Gesichtspunkte sind in den Antworten zu den Fragen 3-5 zu erkennen.

MBB wird für zukünftige Produkte endlich ein eigenes Vertriebssystem aufbauen. Alle neuen Entwicklungen sollen koordiniert werden. Der momentane Informationsfluß ist unzureichend und muß wesentlich verbessert werden.

Die Geschäftsführung strebt den Aufbau einer marktorientierten Organisation an. Die neu gegründeten Bereiche ZN (Neue Erzeugnisse) und ZE (Neue Energien) können dazu einen wichtigen Beitrag leisten.

Kolleginnen und Kollegen, in jüngster Zeit ist festzustellen, daß sich ein Sinneswandel bei der Geschäftsführung vollzogen hat. Das Unternehmen signalisiert Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis. Nimmt die Geschäftsführung unsere Vorstellungen wirklich ernst?

Besteht die Absicht, unsere Arbeit im Unternehmen zu integrieren?

Bei allen zukünftigen Aktivitäten muß darauf geachtet werden, daß der Erhalt aller Arbeitsplätze am Standort Bremen unsere wichtigste Aufgabe ist. Dieses kann mit sinnvollen und nützlichen Produkten für den Menschen erreicht werden.

- Arbeitskreis "Alternative Fertigung" -

Bremen, 11.01.84



Vk-Arbeitskreis Alternative Fertigung

MBB

A 5.4

BREMEN

Zwischenbericht der Arbeitsgruppe "Eisenbahn-Beladesystem"
in der Arbeitsgruppe Verkehrs- und Transporttechnik.

Ausgangspunkt für die Idee "Eisenbahn - Beladesystem" war das bestehende Beladesystem der Bundesbahn. Anstoß gab die Schaffung des Güterverteilzentrums im Niedervieland.

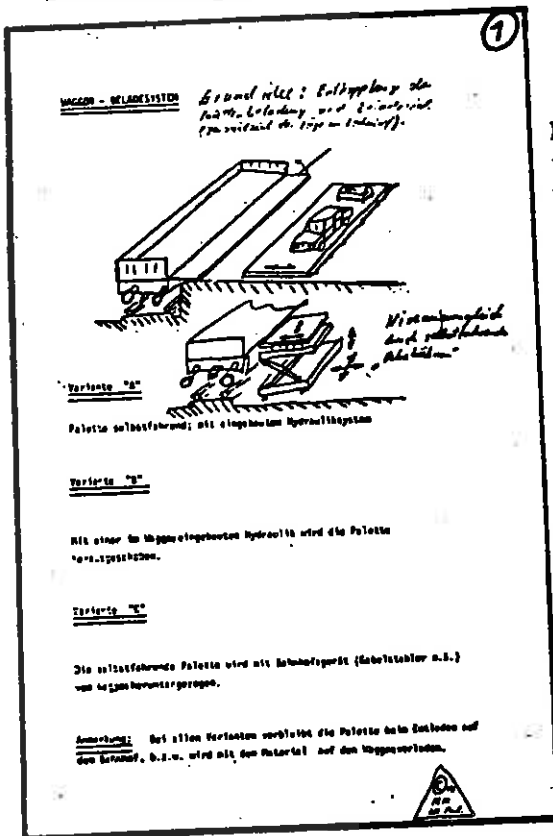
Dort sollen Lastwagen auf die Bahn umgeladen werden und dann im Intercity-Transport-Rhythmus in den Süden gefahren werden.

Dieses Transportverfahren wurde von uns als Arbeitskreis grundsätzlich für positiv gehalten.

Einige Kollegen bemängelten jedoch, daß es nicht möglich ist, ohne Rangierarbeiten und umkuppeln einen LKW

zwischen diesen beiden Endpunkten der Bahnlinie
in den Zug hinein oder aus dem Zug heraus zu bekommen.

Ein Kollege machte dann den Vorschlag, ähnlich wie beim Airbus-beladesystem, den LKW einfach auf eine Palette zu stellen und diese Palette seitlich in den Zug, auf einen Waggon zu schieben. Hierzu erstellte der Arbeitskreis diese Skizze mit entsprechenden Erläuterungen:



Mit Vertretern der Geschäftsleitung wurde dann mit Hilfe unseres Betriebsrates ein gemeinsames Gespräch vereinbart, um über diesen Vorschlag zu beraten.

Zu diesem Termin wurde dann eine Ergänzung des Beladesystemes vom Arbeitskreis erarbeitet.

Diese Erweiterung bestand in der Idee, das vorhandene, im Werk Hoykenkamp produzierte "Hubfix - System" für LKW - Beladung, seitlich an Eisenbahnwaggon's anzubauen und damit ein Be- und Entladen unabhängig von Bahnsteigen durchführen zu können.

Zu dieser Erweiterung der ursprünglichen Idee wurde dann von den Kollegen die nebenstehende, mit Hinweisen und Erklärungen versehene Skizze angefertigt.

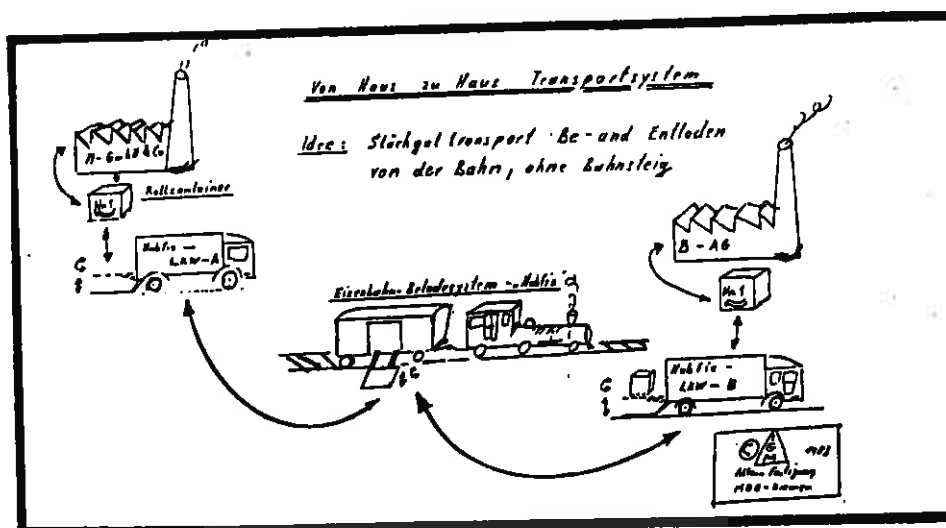
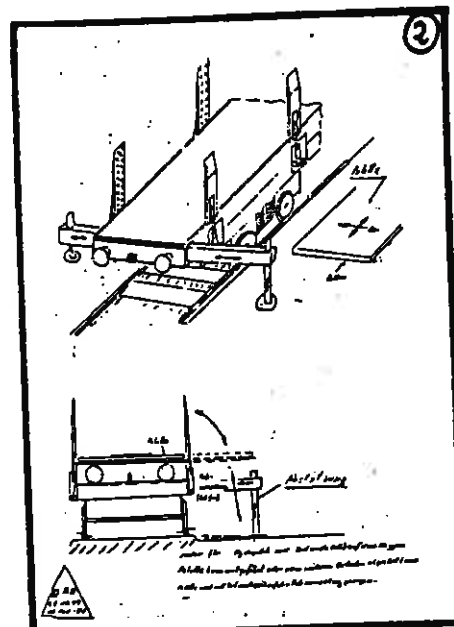
Über diese beiden Vorschläge wurde dann auf der ersten Gesprächsrunde gesprochen.

Von der Geschäftsleitung wurde uns ein Beladesystem vorgestellt, daß angeblich vom Arbeitskreis Alternative-Fertigung bei MAK-Kiel entwickelt wurde.

Nach Auskunft dieses Arbeitskreises war dies jedoch ein Projekt, daß nicht von ihnen, sondern von der Geschäftsleitung MAK-Kiel gebaut und entwickelt wurde.

Es wurde dann vereinbart, den Gesprächskreis für die nächste Zusammenkunft um einen Fachmann aus Hoykenkamp zu erweitern.

Bei der zweiten Gesprächsrunde war dann der Verkaufsleiter von Hoykenkamp als Fachmann für die Hydrauliksysteme anwesend. Er eröffnete uns, daß ein ähnliches Hydrauliksystem, für die Anbringung an LKW's, von Hoykenkamp bereits entwickelt wurde. Die maximale Tragfähigkeit läge bei ca. 2000 kg. Es wurde daraufhin von uns gemeinsam vereinbart, zur nächsten Sitzung am 19.12.1983 eine bildliche Darstellung dieses Systemes, eingebaut in einen Eisenbahnwaggon, vorzulegen. Für den Bereich "Palettensystem" wurden weitere Untersuchungen von Seiten der Geschäftsführungsververtretung angekündigt.



Bremen, Dez. 1983

Zur Produktpalette von VFW/MBB

Im folgenden werden auf der Basis einer ersten Auswertung der Betriebszeitungen und der Geschäftsberichte über 80 Beispiele für zivile Produkte von VFW/MBB vorgestellt. Die Produktvorschläge, insbesondere im Energiebereich, könnten zukunftssträftig sein, da bereits Vorstudien und Prototypen vorhanden sind. Alle nationalen und internationalen Untersuchungen bestätigen in diesem Bereich expandierende Zukunftsmärkte. Daß bisher von VFW/MBB (obwohl mit hohen öffentlichen Geldern für Forschung und Entwicklung ausgestattet) relativ wenig marktreife Produkte entwickelt sind, kann an der Bürokratisierung des Konzerns oder an Interessen der Anteilseigner Krupp, Bosch, Thyssen und Siemens liegen. Jährlich fließen erhebliche öffentliche Mittel in diesen Konzern und trotzdem werden Arbeitsplätze abgebaut. MBB bekam 1981 allein vom Forschungsministerium 650 Mio. DM; dem standen Vermögens- und Ertragssteuerzahlungen von 74 Mio. DM gegenüber.

Ohne genaue Titel anzugeben, wurde bei MBB 1982 u.a. im Bereich Meß- und Prüfungsverfahren an 15, in der Qualitätssicherung an 7, bei den Rad-Schiene-Komponenten an 9, bei Fahrzeugen an 8, bei Betriebsleitungssystemen an 5 und in der Energietechnik an 5 Entwicklungsvorhaben gearbeitet.

Die Ergebnisse der Auswertung von Unternehmensveröffentlichungen werden für die unterschiedlichen Bereiche dargestellt und enthalten neben der Produktbezeichnung auch Aussagen über den Bauzustand und das Datum der Veröffentlichung.

Produkte im Bereich Datenverarbeitung und Software

Produkt	Bauzustand	Datum
QCM-Programmsystem für Qualitätssicherung	Einzelstück in Entwicklung	8/82
Rechnergesteuerte Betriebsleittechnik für Busse u.a.	Prototypen	8/82
Kommunikationssysteme europäischer Hafenverbund	Entwicklung	9/82
Großverpflegungssoftwarepaket	Einzelstück	9/82
Gleitzeiterfassungssystem	Serie	9/83

Produkte und Studien im Bereich Energietechnik

In diesem Bereich hat beispielsweise Erno Erfahrungen und Entwicklungsarbeit auch durch die Raumfahrttechnik geleistet. Der Zukunftsmarkt Energietechnik wird stark expandieren: Zum einen aufgrund der Endlichkeiten fossiler Rohstoffe und zum anderen weil es ökologisch nicht mehr vertretbar ist, die Umwelt u.a. durch Abgase von Kraftwerken zu belasten. Der Energiemarkt weist expansive Tendenzen in Richtung regenerativer Energiezeugung und Wärmedämmung auf. Die Beschäftigungseffekte sind bei dezentralen Energietechnologien wesentlich höher als bei Großtechnologien wie Atomkraftwerken.

Produkt	Bauzustand	Datum
Konverter, batteriegespeist	Serie	3/71
Wärmespeicher für Solartechnik	Prototyp in Erprobung	8/79
Hybrid-Speicher für Industrie, Großbauten und Haushalte		
Hochisolierte Rohre mit kleinem Durchmesser für Fernwärmeversorgung	Prototyp	
Isothermen-Heizanlage	Einzelstück	4/80
Vakuumsuperisolation	Prototyp in Erprobung	12/80
Solarkraftwerk in Indien, Italien	Einzelstück in Betrieb	6/81
Clalbtaucher (Bohrplattform)	Modell	2/82
Solargenerator für Satelliten	Serie	5/83
Windkraftanlagen	Einzelstücke in Erprobung	5/83
• Großwindkraftwerk Growian I • Schwingflügel-Windkraftanlage 20-90 Kw • Aeolus 6.000 Kw	Versuchsanlagen Prototyp	
Rotoren für Windkraftanlagen	Einzelstücke in Betrieb	8/83
Biogasanlage	Einzelstück in Betrieb	8/83
Alternative Erdöl-Erdgasgewinnung und Untertage Kohlevergasung	Studien	1977
Kraft-Wärme-Koppelung	Studien	1977

Produkte aus dem Bereich Medizintechnik

Produkt	Bauzustand	Datum
Skalpellsonde	Prototyp	3/78
Transportable Operations- kabine	Einzelstück in Erprobung	5/82
Medizinischer Laser	Serie	9/83

Produkte für die Prüf- und Meßtechnik

Produkt	Bauzustand	Datum
Tauchbojensysteme	Studie	8/70
Rotierende Telemetrie- anlage für Hubschrauber	Einzelstücke	/70
Meßmast im Meer	Einzelstück	3/74
Walzspaltregelanlage	Serie	3/74
Meßboje najade	Einzelstück	10/74
Achslagerprüfstand	Einzelstück in Betrieb	8/76
Radsatzlagerprüfstand		3/77
Meßwinde (Erno)	Prototyp	3/77
Reifenprüfstand		12/78
Anlasserprüfstand	Serie	1/79
Keilriemenprüfstand	Serie	1/79
Triebwerksprüfstand	Serie	2/79
Getriebetorsionsprüfstand	Einzelstück in Betrieb	7/79

Produkt	Bauzustand	Datum
Platinen-Testgeräte	Einzelstücke in Betrieb	11/79
Verdrahtungs-Tester	Serie	11/79
Schleuderprüfstand	Einzelstück in Betrieb	1/80
Hydraulisches Erregersystem	Einzelstück in Betrieb	1/80
MAUS, autonomes Meßsystem	Serie	4/82
Prüfgerät für elek. Komponenten	Einzelstück in Betrieb	5/82
Miniaturisiertes Meß- und Prüfsystem (MMP)	Serie	8/82
PCM-Meßdatenerfassung (Telemetrieanlagen)	Serie	8/82
Dreiaachsen-Flugtisch zur Lagerregler-Vermessung	Serie	8/82
Automatischer Funktions- tester	Einzelstück	1/83
Faseroptischer Rißsensor	Prototyp	1/83
Struktur-Meßmaschine	Serie	5/83
Flugbahn-Vermessungssystem	Modell	6/83

Produkte und Studien im Umweltbereich

Auf dem Gebiet der Umwelttechnik wurden bei VFW/MBB Prognosen zur Umweltbelastung und zur Überwachung des Lebensraumes erstellt.

Ebenso befassen sich alle Unternehmen der Luft- und Raumfahrtindustrie mit Studien zur Abfallbeseitigung. Hier ist ebenfalls ein expandierender Markt. Der Bedarf an Schrottpressen, Schredderanlagen, Verbrennungsöfen, Pyrolyse und integrierten Recyclinganlagen wird steigen.

Produkt	Bauzustand	Datum
Bagger/Absaugsystem	Modell	9/79
Feuerlösch-Rüstsatz für Hercules-Hubschrauber	Serie	10/83
Oilskimmer-Ponton-system	Modell	11/83

Produkte und Studien aus dem Bereich Verkehrstechnik

Produkt	Bauzustand	Datum
Gepäck-Förderanlagen und Transportbänder	Serie	8/68
Wohnwagen	Serie	8/70
Fluggastbrücken	Serie	2/74
Leichttransportkabine	Serie	12/76
Güterverteilzentrum	Studie	4/79
Flugzeuggerechter Rollstuhl		6/81
Drehgestell und Radsatz für Intercitys	Modell	8/82
Airbag-Gasgenerator	Serie	9/82
Magnetbahn 'Transrapid'	Prototyp	4/83
Bustaxi Friesland	Einzelstück in Betrieb	8/83
Kabinenlift, -Taxi-Bahn- System	Prototypen, Einzelstücke	1973-1980

Produkte und Studien aus dem Bereich Werkzeugmaschinen

Produkt	Bauzustand	Datum
Industrieroboter	Serie	1/78
Fräs-, Lochbohrmaschinen	Einzelstück in Erprobung	8/83
Nietmaschine	Prototyp in Erprobung	8/83

Produkte und Studien aus dem Bereich Neue Technologien

Produkt	Bauzustand	Datum
Wärmebehandelte Stahlteile	Serie	2/74
Aufblasverfahren für Tanks	Serie	7/80
Spezialtanks für Satelliten- antriebe	Serie	12/80
GFK-Bauteile für Autos	Serie	9/83

Sonstiges

Produkt	Bauzustand	Datum
Container	Serie	8/70
Pinguin (zivil)	Einzelstück in Erprobung	10/76
Bordküchen	Serie	1/79
Systemplanung für Untertage- betrieb	Studie	2/79
Elektronik-Sonderentwick- lung	Serie	2/79
Luftschleusen-Simulator	Einzelstück in Betrieb	8/79
Hydrazin-Triebwerk	Serie	8/80
Sichtsimulationssystem	Serie	8/82
Hebebühnen und ähnliches	Serie	10/83
Nautiksimulatoren	Serie	11/83

Bremen, Februar 1984

Antragsteller:

Verwaltungsstelle Bremen der IG Metall

Der 14. ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

Der 14. ordentliche Gewerkschaftstag der IG Metall stellt fest:

Die sich verschärfende Wirtschaftskrise und die zunehmende Aufrüstung erfordern eine Vielzahl von gewerkschaftlichen Aktivitäten auf den unterschiedlichen Ebenen.

- Vor allem durch umfassende Beschäftigungsprogramme und einschneidende Arbeitszeitverkürzungen muß die immer stärker steigende Arbeitslosigkeit wirksam bekämpft werden.
- Die weltweite Hochrüstung erfordert reale Schritte zur Abrüstung.

Rüstung verschlingt große Mengen wertvoller Rohstoffe, Energien, andere materielle Reserven und menschliche Fähigkeiten, die der friedlichen Nutzung entzogen werden.

Im Rüstungssektor gibt es keine Garantie für dauerhaft gesicherte Arbeitsplätze - Auslaufen von Programmen, plötzliche Lieferstopps, Rationalisierungen -. Darüber hinaus ist erwiesen, daß sich mit gleichem Mitteleinsatz im zivilen Bereich mehr Arbeitsplätze schaffen lassen als im militärischen.

Die notwendigen Abrüstungsschritte und die Begrenzung der Rüstungsabhängigkeit der Betriebe darf nicht zu Lasten der dort Beschäftigten gehen.

Die schrittweise Umstellung von militärischer zu ziviler Produktion ist für die Belegschaften kein Problem. Es kommt darauf an, auf der Basis der vorhandenen Produktionsmöglichkeiten sozial nützliche Güter herzustellen, ohne daß es für die Beschäftigten zu Nachteilen - wie Dequalifizierung, Lohnabbau oder Arbeitsplatzverlust - kommt.

Die IG Metall begrüßt und unterstützt die Bildung von betrieblichen und gewerkschaftlichen Arbeitskreisen zur alternativen Fertigung. Das gilt besonders für die Rüstungsbetriebe. Konkrete Produktvorschläge der Arbeitskreise und Belegschaften verstärken den Druck auf die verantwortlichen

Politiker und Unternehmensleitungen zur Umstellung der Produktion. Darüber hinaus haben diese Arbeitskreise eine wichtige Bedeutung für die Stärkung des gewerkschaftlichen Denkens in den Betrieben.

Es gibt in den Industrie- und Entwicklungsländern nach wie vor einen großen Bedarf an sozial nützlichen Produkten. Notwendig sind Investitionen in den schon im Rahmen der gewerkschaftlichen Beschäftigungsprogramme erwähnten Bereichen - wie z.B. Umweltschutz, öffentlicher Nahverkehr, Energietechnik, Wohnungs- und Städtebauprogramm, Humanisierung der Arbeitsbedingungen, Gesundheitswesen, Meerestechnik und angepassten Technologien für die Dritte Welt.

Die Finanzierung einer Alternativen Fertigung im Rahmen von betrieblichen Produktionsumstellungen und Beschäftigungsprogrammen soll aus frei werdenden Rüstungsmitteln und durch die stärkere Besteuerung des Kapitals und der Reichen erfolgen.

Die innerbetriebliche Durchsetzung sozial nützlicher Güter erfordert die volle Mitbestimmung der Arbeitnehmer bei den Produkt- und Investitionsentscheidungen.

Aus den obengenannten Gründen leiten sich folgende Forderungen ab:

1. Es müssen unverzüglich konkrete gewerkschaftliche und politische Schritte eingeleitet werden, auf Unternehmen mit hohem Rüstungsanteil einzuwirken, sich langfristig unabhängig von Rüstungsaufträgen zu machen.
2. In den Rüstungsunternehmen sind von Arbeitnehmervertretungen und Arbeitgebern paritätisch besetzte Umstellungsausschüsse einzurichten, welche alle Möglichkeiten zur Umstellung auf alternative Produkte untersuchen und die Durchsetzung einleiten.
3. Innerhalb der IG-Metall-Organisation sind beim Vorstand, bei den Bezirksleitungen und bei den Ortsverwaltungen Arbeitskreise - Alternative Fertigung - einzurichten, die eine beratende, betriebsübergreifend informierende und koordinierende Funktion haben.

4. IG Metall und DGB müssen ihren Einfluß geltend machen, daß auf Bundes- und Landesebene gemäß den Forderungen des IMB in Verbindung mit den Hochschulen Institute für Alternative Fertigung eingerichtet werden. Sie sollen theoretische Grundlagen erarbeiten und die betrieblichen Arbeitskreise praktisch beraten.
5. Gemäß der Satzung der IG Metall § 2 sollte vordringlich die Vergesellschaftung der Rüstungsindustrie durchgesetzt werden.

aus: METALL, Zeitung der Industriegewerkschaft Metall

ANTRÄGE
ZUM 14. ORDENTLICHEN GEWERKSCHAFTS-
TAG DER IG METALL
FÜR DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
VOM 9. BIS 15. OKTOBER 1983
IN MÜNCHEN

Auszüge aus den EntschlieBungen des 14. ordentlichen
Gewerkschaftstages der IG Metall

Die Schaffung oder Sicherung von Arbeitsplätzen darf kein Argument für mehr Rüstungsproduktion und mehr Rüstungsexport sein. Die Arbeitsplätze der betroffenen Arbeitnehmer müssen auf andere Weise gesichert werden. Die IG Metall bekräftigt die Forderung nach der Vorbereitung von Umstellungen auf andere Produktionen auf der Basis hochentwickelter Technologien. Sie begrüßt und unterstützt die Arbeitskreise von Betriebsräten und Vertrauensleuten, die das Ziel haben, bei den Unternehmen alternative Produktionen zur Sicherung der Arbeitsplätze durchzusetzen.

aus: EntschlieBung 3
Frieden, Entspannung und Abrüstung

Soziale Nachteile und Risiken des wirtschaftlichen Strukturwandels müssen durch eine vorausschauende Strukturpolitik vermindert werden, deren Schwergewicht auf der rechtzeitigen Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen liegt. Besonders dringlich ist eine Verbindung des gewerkschaftlichen Kampfes um die Sicherung von Arbeitsplätzen bei Betriebsstillegungen und Konkursen mit den genannten Forderungen an die staatliche Strukturpolitik. Abgelehnt werden eine finanzielle Beteiligung der Belegschaften an bedrohten Betrieben, eine Übernahme unternehmerischer Risiken durch die betroffenen Arbeitnehmer sowie jeder Eingriff in die vorhandenen sozialen Rechte. Gefordert werden stattdessen gezielte staatliche Hilfsmaßnahmen. Diese müssen - für besonders gelagerte Fälle - die Entwicklung von Konzepten für die Weiterführung von Betrieben unter öffentlicher Verantwortung einschließen. Dabei sind die finanziellen Risiken durch die öffentlichen Hände abzudecken. Gleichzeitig ist ein stärkerer Einfluß der Arbeitnehmer auf die Unternehmenspolitik zu ermöglichen.

Bestandteil der eigenständigen gewerkschaftlichen Bemühungen um die Konkretisierung und Durchsetzung eines Konzepts von arbeitsorientierter Strukturpolitik ist die Suche nach Möglichkeiten zur Ergänzung vorhandener Produktionsprogramme auf Betriebs- und Branchenebene durch sozial nützliche und gesellschaftlich sinnvolle neue Produkte. Deren Ziel ist es mitzuhelfen, daß technische und wirtschaftliche Chancen der Produktinnovation genutzt werden, die sowohl der Sicherung von Arbeitsplätzen als auch der Verbesserung der Lebensqualität dienen. Hier liegt auch der aktuelle Schwerpunkt in der Tätigkeit der IG-Metall-Innovationsberatungsstellen, die als zeitlich befristete Testprojekte - gebunden an die finanzielle Unterstützung des BMFT - eingerichtet worden sind.

aus: EntschlieBung 7
Wirtschaftspolitik

Gewerkschaftliche Bildung ist Massenbildung, das heißt, sie richtet sich an alle Mitglieder und soll sie zu selbständiger Analyse und Kritik der wirtschaftlichen und sozialen Wirklichkeit und zur solidarischen Aktion befähigen.

Örtliche, regionale und zentrale Bildungsarbeit sind aufeinander bezogen. Gleichrangigkeit und inhaltliche Verzahnung von betrieblicher und zentraler Bildungsarbeit setzen den systematischen Aufbau der Seminare voraus. Die dabei von Vertrauenskörpern und ihren Bildungsbeauftragten zu leistende verantwortliche Arbeit bedarf der Unterstützung durch alle Gliederungen der IG Metall.

aus: EntschlieBung 20
Bildungspolitik - Gewerkschaftliche Bildungsarbeit -
Berufsbildung

Quelle: Der Gewerkschafter, Monatsschrift für die Funktionäre der IG Metall, Nr. 12, Dez. 1983, 31. Jahrgang, Frankfurt am Main

Alternative Produktion in Bremen? Mike Cooley diskutiert mit Kollegen von VFW/MBB in Bremen

Am 24. April 1982 sprach *Mike Cooley*, der gerade in Schweden mit dem 'alternativen' Nobelpreis ausgezeichnete Chefkonstrukteur und Sprecher der gewerkschaftlichen Vertrauensleute des englischen Luftfahrtkonzerns Lucas Aerospace, vor über 700 Zuhörern in der Bremer Zionsgemeinde. Pastor Sanders hatte für die Abrüstungsinitiative Bremer Kirchengemeinden zu einer Diskussion über die Möglichkeiten einer friedlichen Produktion eingeladen, an der u. a. die Betriebsratsvorsitzenden *Ludwig Hettling* (VFW/MBB) und *Fritz Bettelhäuser* (Bremer Vulkan) auf dem Podium teilgenommen haben. Kollegen aus dem Arbeitskreis „Alternative Fertigung“ bei VFW/MBB hatten schon vor der Veranstaltung Gelegenheit, mit Mike Cooley ein ausführliches Gespräch über die Erfahrungen der britischen Flugzeugbauer im Kampf um ihre Arbeitsplätze und für das Recht auf eine sozial nützliche Produktion zu führen.

Mike Cooley berichtete, daß es die drohenden Entlassungen waren, die die Kollegen zu verstärkten Aktivitäten veranlaßt haben. Eine Zeitung der Vertrauensleute auf Konzernebene schuf die Grundlage für die umfassende Information der Belegschaften über die Strategie der Konzernspitze (z. B. das Ausspielen einzelner Werke/Belegschaften gegeneinander) und die Produktionsmöglichkeiten der Firmen. Solidarische Aktivitäten der Beschäftigten gipfelten in der Besetzung eines Betriebes, der geschlossen werden sollte. Als die Kollegen nach sechs Wochen das Werk am Wochenende verließen, wurde es vom Unternehmen eingerissen und angezündet. Die Erfahrung der Niederlage und die Erkenntnis, daß Lohnabhängige eine 'passive' Betriebsbesetzung nicht dauerhaft durchhalten können, brachte die Arbeiter auf die Idee, in den scheinbar überflüssigen Werken etwas sinnvolles zu produzieren, was die Menschen brauchen. Diskussionen mit Kollegen aus anderen Bereichen und eine Befragung der Belegschaft bildeten die Grundlage für die Erarbeitung eines „Alternativen Plans“ der Vertrauensleute von Lucas Aerospace, der über 150 Produkte enthielt. Das Management hat sich zwar bis heute geweigert, an der Entwicklung dieser Produkte arbeiten zu lassen und es sogar geschafft, Mike Cooley zu entlassen (er hat z. Zt. eine 'halbe' Stelle bei der Londoner Bezirksregierung und Gastprofessuren z. B. an der Universität Kopenhagen) – die qualifizierte und aktive Belegschaft von Lucas Aerospace hat trotzdem einzelne Produkte als Prototypen hergestellt. Das war nur möglich durch die Kooperation von Ingenieuren und Arbeitern, die z. T. in 'Schwarzarbeit', aber vor allem nach Feierabend oder

während der Arbeitslosigkeit an 'ihren' Produkten gearbeitet haben. Eine wichtige Rolle hat auch die Zusammenarbeit von Belegschaft und einzelnen Hochschuleinrichtungen und Wissenschaftlern gespielt; an einer Londoner Hochschule für Technik wurde ein Zentrum für alternative Produktion (CAITS) gegründet, einzelne Professoren haben an der Koordination mitgewirkt und Studenten und Doktoranden haben ihre wissenschaftlichen Abschlußarbeiten mit dem Ziel der Unterstützung der Lucas-Vertrauensleute angefertigt.

Mike Cooley meinte, daß es sinnvoll ist, zunächst einige kurzfristig realisierbare Projekte in Angriff zu nehmen (wie etwa die erdgasgetriebene Wärmepumpe), und an anderen Produkten längerfristig zu arbeiten. Begründung: die Mehrheit der Beschäftigten ist leichter durch konkrete und funktionierende Produkte als durch „kluge“ Gedanken zu überzeugen.

Den Gewerkschaftern von Lucas Aerospace geht es aber nicht nur um die Veränderung der Produkte (statt Waffen und Arbeitslosigkeit – nützliche Dinge produzieren), sondern auch um die Veränderung der Arbeit selbst. Mike Cooley, selbst Dr.-Ing. mit dem Spezialgebiet CAD (computergestütztes Konstruieren), betont immer wieder die geisttötende und persönlichkeitszerstörende Wirkung neuer Technologien auch in den 'gehobenen' Angestelltenberufen, die nicht technisch zwangsläufig, sondern im Interesse des Managements ist (völlige Beherrschbarkeit der Produktion). Er zitierte aus einer amerikanischen Fachzeitschrift, in der für die Bedienung von computergesteuerten Maschinen geistig behinderte Arbeiter empfohlen wurden, da normale Menschen die Monotonie dieser Arbeit nicht aushalten könnten. Die Kollegen von Lucas haben hochautomatisierte Drehmaschinen und CAD-Systeme so konzipiert, daß für den Menschen die qualitativen Entscheidungen übrig bleiben, daß also der Mensch die Maschine beherrscht und nicht umgekehrt. Mike Cooley empfiehlt den Versuch, das deutsche Programm zur Humanisierung der Arbeit zu benutzen, um Maschinen zu konstruieren, die auf die menschliche Intelligenz reagieren (Antragsteller könnten öffentliche oder gemeinwirtschaftliche Unternehmen oder auch Hochschulen sein).

Die Durchsetzung der Herstellung 'alternativer' Produkte stößt auf unterschiedlichen Widerstand des Managements (das alleine entscheiden will, was mit welchen Mitteln produziert wird) und muß mit politischen Mehrheiten durchgesetzt werden. Rein ökonomisch wäre es für den Hauptauftraggeber, den Staat, eigentlich egal, ob Kampfpanzer oder medizinische Geräte, Kampfflugzeuge oder Energiespartekniken produziert werden – es stellt sich die Frage nach dem politischen Willen: Kriegsgerät oder sozial nützliche Güter für die Menschen?

In England sind zwei labourregierte Bezirksregierungen (London, Sheffield) bereit, alternative Produkte der Belegschaft von Lucas in staatlichen Eigengesellschaften zu produzieren. Um die hohe regionale Arbeitslosigkeit (ca. 20 %) zu bekämpfen, sollen die erdgasgetriebene Wärmepumpe und der Straßen-Schienenbus hergestellt werden. Die Verbindung von Arbeitnehmerinitiativen und staatlichen Aktivitäten zur Gestaltung der Wirtschaft könnte auch in der Bundesrepublik zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beitragen. Das sehen auch Kollegen von VFW/MBB in Bremen, die genau wie die IG Metall-Vertrauensleute bei Blohm und Voss in Hamburg und MAK in Kiel einen Arbeitskreis „Alternative Fertigung“ gegründet haben. Jörg Fischer, Diplomingenieur und Koordinator des Arbeitskreises der IG Metall, hat der Presse am 24. April gemeinsam mit dem Betriebsratsvorsitzenden Ludwig Hettling und Mike Cooley die Gründe für die Aktivitäten der Belegschaft vorgestellt:

„Ein Abbau der Arbeitsplätze um 10 % in den nächsten drei Jahren ist von MBB angekündigt worden. Dies wird nicht durch Rationalisierungsmaßnahmen verursacht, sondern soll allein die Gemeinkosten senken. Das bedeutet also eine reine Leistungsverdichtung für alle verbleibenden Arbeitnehmer. Vorgesehene Rationalisierungen werden daher weitere Arbeitsplätze kosten, ebenso eine zu erwartende geringere Steigerung des Airbus-Programmes. Beim Airbus A 320 soll der deutsche Anteil von 37 % auf 20 % gesenkt werden. Das wird sogar zu einem erheblichen Einbruch bei den Arbeitsplätzen führen. Bremen könnte bei diesem Abbau von Arbeitsplätzen besonders stark betroffen sein, da im Fusionspapier von Nov. 1980 nur für Bremen keinerlei Zusicherung über Arbeitspakete gemacht wurde. Ein Programm für andere Produktionen ist auf der anderen Seite nicht zu erkennen. Hier tut sich der auch sehr stark gefährdete Unternehmensbereich Marine- und Sondertechnik (UM) bisher schwer. Die Finanzlage des Bundes wird im UM-Bereich wesentlich weniger Aufträge bringen als bisher.

Die Situation im Rüstungsbereich UT (Unternehmensbereich Transporter) ist auf lange Sicht noch schlechter. Das MRCA-Programm (Tornado) wird gestreckt, möglicherweise verkürzt wie das System Roland; ein Nachfolgauftrag für ein TKF (Taktisches Kampf-/Flugzeug) wird immer unwahrscheinlicher.

Daran ist zu erkennen, daß Rüstungsaufträge Arbeitsplätze gar nicht sichern können. Das Gegenteil trifft hier zu.

Zur Verringerung der Abhängigkeit von Rüstungsaufträgen und zur Überwindung der Beschäftigungslücken im zivilen Bereich müssen neue Produktionen begonnen werden. Hierzu sollten wir als Arbeitnehmer einen Beitrag leisten, wie dies Kolleginnen und Kollegen bei „Lucas Aerospace“, „Blohm und Voss“ und bei „Krupp MAK Kiel“ schon begonnen haben.

Ein Arbeitskreis sollte der Geschäftsführung „andere Produktionen“ = „alternative Fertigung“ vorschlagen. Es geht um unsere Arbeitsplätze!

Der Arbeitskreis, an dessen Sitzungen über 60 Beschäftigte teilgenommen haben, hat erste Arbeitsgruppen (z. B. zu den Themen Energietechnik und Verkehrstechnik) eingerichtet und eine Vielzahl von Institutionen und Personen um Unterstützung gebeten. Die ist zumindest aus England zu erwarten: Mike Cooley hat

seinen Kollegen bei VFW/MBB zugesagt, auch weiterhin für Vorträge und Diskussionen zur Verfügung zu stehen.

Die Kooperationsstelle Universität – Arbeiterkammer wird in der Hochschule für eine konkrete Unterstützung der Gewerkschafter bei VFW/MBB werben. Auch wenn das von Ludwig Hettling geforderte „Institut für Alternative Produktion“ noch nicht realisiert ist, könnte die Universität durchaus praktische Beiträge im Interesse der Arbeitnehmer leisten.

Der zentrale Beitrag zur Rettung der bedrohten Arbeitsplätze wird aber von der Belegschaft selber kommen müssen; die hochqualifizierten Entwickler und Arbeiter sind durchaus in der Lage, eine andere Perspektive als die der drohenden Arbeitslosigkeit zu entwerfen und für ihr Recht auf die Herstellung sozial nützlicher Produkte an menschlichen Arbeitsplätzen zu kämpfen.

Edgar Einemann / Edo Lübbing

aus:

„kooperation“, Mitteilungs-
schrift der Kooperations-
stelle Universität/Arbeiter-
kammer Bremen Nr. 26/27
Bremen, Dez. 1982

Das Beispiel London – Verknüpfung von regionaler Wirtschaftspolitik und alternativer Produktion

Groß-London mit ca. 11 Mio. Einwohnern hat derzeit eine durchschnittliche Arbeitslosenquote von 12 % (ca. 400 000 Menschen) – in einzelnen Arbeiterbezirken sind aber bis zu 30 % der Arbeitnehmer arbeitslos. Die von den Sozialisten (Labour Party) getragene Bezirksregierung hat dem ausschließlichen Vertrauen in die Marktwirtschaft durch die konservative Regierung Thatcher (die zur Arbeitslosigkeit von über 3 Mio. Engländern geführt hat) ein umfangreiches Programm zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit entgegengestellt. Der Greater London Enterprise Board (eine eigenständige, öffentlich kontrollierte *Gesellschaft zur Entwicklung der Wirtschaft*) wird mit 70 Mitarbeitern und einem Jahresetat von ca. 150 Mio. DM ausgestattet und soll „ungenutzte Ressourcen mit dem speziellen Ziel mobilisieren, neue Produkte und Dienstleistungen herauszufinden, die den Bedürfnissen der arbeitenden Menschen entsprechen und die Kontrolle der Menschen über ihr Arbeitsleben erhöhen“. Der GLEB stellt unter bestimmten Bedingungen Investitionen, materielle Ressourcen, Beratungsdienste und „know-how“ zur Verfügung, wobei benachteiligte Regionen, die Beschäftigung von Frauen und ethnischen Minderheiten, der sinnvolle Einsatz neuer Technologien und Belegschaftskooperationen besonders unterstützt werden. Für bedrohte oder neu gegründete Unternehmen sollen Investitionsaspekte unter Einschluß von Grundstücken, Bauten, Geldern sowie technologische und ökonomische Beratung z.B. auf den Gebieten Marketing, Export, Einkauf, Forschung und Entwicklung sowie Finanzen und Produktion zur Verfügung gestellt werden. Investitionsmittel können in Form von Darlehen, Unterstützungszahlungen, Bürgschaften und auch in Form von Unternehmensbeteiligungen vergeben werden. Die Übernahme von Konkursbetrieben ist ebenfalls vorgesehen.

Zwei besonders wichtige Förderungskriterien sind

- „das Ausmaß, in dem das Projekt neue Formen des sozialen Eigentums enthält, die dazu entwickelt werden, den arbeitenden Menschen mehr Kontrolle über ihre Produktion und den Wirtschaftskreislauf zu geben (z.B. durch kommunale Unternehmen und Arbeiterkooperativen)“ und
- ein gemeinsam mit der Belegschaft entwickelter Unternehmensplan. „Der Plan enthält den strategischen Rahmen für die Zukunft des Unternehmens. Zusätzlich zu der üblichen Geschäftsplanung muß

der Plan enthalten: Verpflichtungen in bezug auf die Arbeitsplätze“ sowie Angaben zur „Produkt- und Marktstrategie, zu Zukunftsinvestitionen und zum technologischen Wandel, zur Standortwahl und zur Preispolitik, zum Beschäftigungsniveau und den Beschäftigungsbedingungen, zum Qualifikationsprofil und der Ausbildungspolitik sowie zur Politik der Chancengleichheit“.

Ein Antrag auf Unterstützung (für deren Formulierung auch Hilfen zur Verfügung gestellt werden) sollte enthalten: „Eine Beschreibung des Produkts, der Produktionsmethode, wie und wo es verkauft werden soll, der Marktsituation, der Konkurrenzbedingungen, der Organisationsstruktur sowie die Geschäftsberichte der letzten drei Jahre und eine Finanzerklärung, die die Gewinn- und Verlustrechnung, die Bilanz und den cash flow umfaßt“.

Die auf schmaler Basis erprobte Kooperation von betrieblichen Arbeitskreisen zur alternativen Produktion (bei Lucas Aerospace) und den Hochschulen, vermittelt über das Londoner Institut für Alternative Produktion (CAITS), soll nun auf eine gesellschaftliche Grundlage gestellt werden. Sogenannte *Technologie-Netzwerke* sollen Betrieben und Beschäftigten die Nutzung des „know-how“ der Hochschulen und Universitäten ermöglichen, wobei dezentrale Koordinationsstellen eingerichtet werden. Der kontrollierte Einsatz neuer Technologien soll an die vorhandenen Qualifikationen der Beschäftigten anknüpfen und sie weiterentwickeln, anstatt sie zu zerstören (z.B. durch alternative Werkzeugmaschinen), und nicht zu Arbeitsplatzverlusten führen; die neuen Technologien sollen sich auf den sozialen Bedarf der Bevölkerung beziehen und zur Herstellung sozial nützlicher Produkte (alternative Produktion) beitragen.

In London werden in fünf Regionen ‚Technologie-Netzwerke‘ um die Technischen Hochschulen aufgebaut. In separaten Gebäuden (damit jedermann angesprochen werden kann und kommt) sollen Vermittlungsinstitutionen entstehen, die Bedürfnisse und Interessen aus der Bevölkerung aufgreifen und in einen gemeinsamen Bearbeitungsprozeß mit Wissenschaftlern bringen – als Vorbild werden die holländischen Wissenschaftsläden erwähnt. Diese Kooperationsstellen sollen im einzelnen enthalten:

- eine Abteilung zur Unterstützung von Unternehmen, die z.B. für Kooperativen Beratungskapazität auf den Gebieten Technik, Produktion, Planung und Marketing bereitstellt
- eine kleine Kooperations-Abteilung, die Menschen aus der Region bei der Nutzung von Hochschul- und Universitätskapazitäten für ihren Forschungs- und Entwicklungsbedarf unterstützt
- eine „Produkt-Bank“ nach dem Vorbild einer irischen „Innovations-Bank“, die Produktionsvorschläge aus dem Hochschulbereich, von Ingenieuren und Arbeitern aus Betrieben und Kommunen und von außerhalb sammelt und so patentiert, daß sie von den arbeitenden Menschen genutzt werden können
- eine Werkstatt („Maschinen-Bank“) mit gebrauchten Maschinen, die für Ausbildungsprogramme und von Kooperativen und anderen Gruppen genutzt werden können.

Die ‚Technologie-Netzwerke‘ sollen Wissenschaftler- und Beschäftigtengruppen, aber auch Repräsentanten der Kommune und andere Freiwilligen-Gruppen einbeziehen, die ein Interesse an der Entwicklung einer sozial nützlichen Technologie haben.

Ausgehend von der Erkenntnis, daß nur die Initiative und Unterstützung der Bevölkerung und die Mobilisierung ihrer Fähigkeiten und Ideen zum Erfolg führen kann, ist ein „Projekt für öffentliche Planung“ (Popular Planning Project) eingerichtet worden. Das Projekt will die Bildungsabteilungen der Gewerkschaften, die Arbeiterbildungs-Vereinigung und die Institutionen der Erwachsenenbildung einbeziehen und erreichen, daß lokale Gruppen den lokalen Beschäftigungsbedarf ermitteln: „Das Ziel ist, den Menschen in dieser Region mehr Einfluß auf ihr eigenes Leben zu geben“. Betriebliche und lokale Initiativen zur Förderung der Beschäftigung sollen unterstützt werden – durch materielle Ressourcen, aber vor allem durch Berater und Tutoren mit Erfahrungen in der Erwachsenenbildung. „Jede Gruppe kann etwas zur Schaffung von Arbeitsplätzen und Dienstleistungen beitragen, die die Menschen in der Region brauchen – das reicht von Gruppen von Jugendlichen bis zu Pensionären, von Gewerkschaftern bis zu Kirchen, von Schülern und Studenten bis hin zu Gruppen aus der Erwachsenenbildung. Unser Job ist, Möglichkeiten zum Studium und für die Forschung bereitzustellen, um Zukunftsvorstellungen mit dem dringenden Bedarf zu verknüpfen und in praktische Pläne umzusetzen, sowie ein Bildungsprogramm aufzulegen, das den Menschen diese Probleme, die vorhan-

denen Lösungsvorschläge und die Schritte zur Umwandlung von Vorschlägen in die Realität bewußt macht“ –

Zu den Aktivitäten der Erwachsenenbildungseinrichtungen zur Aufklärung, Mobilisierung und Unterstützung von Initiativen gehört z.B.

- die Bereitstellung von Kursen und Tagesveranstaltungen zur Vermittlung von Fähigkeiten zur Bekämpfung von Entlassungen, Aufstellung von Belegschaftsplänen, Gründung und Fortführung einer Kooperative, Analyse der wirklichen finanziellen Lage der Arbeitgeber etc.
- die Unterstützung einer Gruppe von Frauen, die nach der Schließung einer Jeans-Fabrik eine Kooperative gegründet hat und nun Kinderbekleidung für den lokalen Bedarf produziert und verkauft
- die Hilfe bei der Ausarbeitung von Plänen, wirtschaftlichen und sozialen Argumenten und der Suche nach finanziellen Mitteln
- die Bereitstellung von Kursen für das Selbst-Management von Kooperativen (Buchhaltung, Marketing und Produktion).

Außerdem könnten Selbstlerngruppen Projekte z.B. zu den Folgen neuer Technologien und den Möglichkeiten der Menschen in der Kommune bearbeiten.

In einzelnen Stadtteilen werden Veranstaltungsreihen zu interessanten Themen (welche Chancen bieten neue Technologien?, Möglichkeiten und Probleme von Belegschaftsplänen usw.) angeboten und die Bürger nach ihren Interessen an Zusammenkünften und Kursen sowie ihren Fähigkeiten befragt und dann gezielt eingeladen.

London beginnt mit einer historisch wohl nur mit dem „Roten Wien“ der Vorkriegszeit vergleichbaren konsequenten Regional- und Kommunalpolitik, die alle verfügbaren Ressourcen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit einsetzt. Dazu gehören große Geldsummen, aber vor allem die Mobilisierung der Fähigkeiten und des guten Willens der Bevölkerung in den Betrieben, Stadtteilen, Dienstleistungsbereichen und in Ausbildung und Wissenschaft. Kooperationsstellen zwischen Hochschulen, Betrieben und kommunalen Gruppen, ein Institut für alternative Produktion, Technologie-Netzwerke und der Einsatz der Erwachsenenbildung zur Verbindung einer alternativen regionalen Strukturpolitik mit einer alternativen Produktion können durchaus eine Vorbildfunktion für die Bundesrepublik haben.

aus: E. Einemann/E. Lübbing: Für eine aktive Regionalpolitik zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Bremen,

in: "kooperation", Mitteilungen der Kooperationsstelle Universität/Arbeiterkammer Bremen, Nr. 28/29/30, Bremen, November 1983

C. LITERATURHINWEISE

Albrecht, Ulrich/ Lock, Peter/ Wulf, Herbert: Arbeitsplätze durch Rüstung?, rororo, Hamburg 1978, Reihe 'aktuell', Bd. 4266

Bouwer, Günther: Vom MRCA Tornado zur zivilen Alternative, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1983, Bd. 17 der Reihe 'Militär, Rüstung, Sicherheit'

Bund Deutscher Pfadfinder (BDP), Hessen: Lucas Aerospace, statt Waffen nützliche Dinge, Verlag Jugend und Politik, Frankfurt/Main 1980

Cooley, Mike: Produkte für das Leben statt Waffen für den Tod - Arbeitnehmerstrategien für eine andere Produktion. Das Beispiel Lucas Aerospace, rororo, Hamburg 1982, Reihe 'aktuell', Bd. 4830

Duhm, Rainer u.a.: Wachstum alternativ, Berlin 1983

Einemann, Edgar/ Lübbling, Edo: Belegschaftsinitiativen für eine Alternative Produktion, Kooperationsstelle Universität/Arbeiterkammer Bremen, Bremen 1983

Europäisches Gewerkschaftsinstitut: Abrüstung und Umstellung der Rüstungsindustrien auf Friedensproduktion, EGI, Brüssel 1983

Hildebrandt, Eckart/ Pentz, Boris: Der 'Corporate Plan' von Lucas Aerospace - eine englische Arbeiterinitiative, Internationales Institut für Vergleichende Gesellschaftsforschung, Berlin 1982, IIVG/dp 82-205

Huffscheidt, Jörg: Für den Frieden produzieren. Alternativen zur Kriegsproduktion, Köln 1981

Löw-Beer, Peter: Industrie und Glück - Der Alternativplan von Lucas Aerospace, Berlin 1981

Wainwright, Hilary/ Elliot, Dave: The Lucas Plan, London/ New York 1983

Wellmann, Christian: Lucas Aerospace: Eine Alternativplanstrategie zwischen Mythos und Realität, Arbeitspapier aus der Berghof-Stiftung, Berlin 1982